

## Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Baden-Württemberg 2001

### Jahr der Enttäuschungen

Vor einem Jahr wurden die Aussichten für 2001 in bunten Farben gemalt. Die Konjunkturerwartungen waren gut und die überraschende Steuersenkung bereits zum 1. Januar 2001 hob die Stimmung in den Unternehmen und bei den Bürgern zusätzlich. Das Hochgefühl sollte jedoch nicht lange anhalten. Kaum hatte das Jahr begonnen, wurden die Wirtschaftsnachrichten aus den Vereinigten Staaten immer schlechter. Hier zu Lande verdarben die Tierseuchen den Bürgern den Appetit und die immer weiter steigenden Gas- und Ölpreise sowie die Erhöhung der Beiträge für die Gesetzliche Krankenversicherung in der zweiten Jahreshälfte machten die einkommenssteigernden Effekte der Steuerreform weit gehend zunichte. Die Erlahmung der außenwirtschaftlichen Impulse und der inflationsbedingte Kaufkraftentzug machten sich im Laufe des Jahres immer mehr bemerkbar und ließen auch in Baden-Württemberg die konjunkturellen Auftriebskräfte erlahmen. Nach den Terroranschlägen in New York City und Washington D. C. am 11. September erreichte die Stimmung im Land dann ihren Tiefpunkt. Dieser Schock schwächte die ohnehin labile Konjunktur zusätzlich. Hatten vor diesen Ereignissen noch Hoffnungen auf eine kurze Wachstumsdelle und baldige Trendwende bestanden, sind diese anschließend verflogen. In den letzten Monaten des Jahres stand nicht mehr die Diskussion im Mittelpunkt, ob die Wirtschaft in die Rezession abgeleitet oder nicht, sondern nur noch ihre Dauer und Intensität.

Für übertriebenen Pessimismus besteht jedoch kein Grund. Baden-Württemberg hat sich nach der Rezession Anfang der 90er-Jahre fortentwickelt und wird die gegenwärtige Wirtschaftsschwäche gut meistern. Bleiben weitere kriegsartige Auseinandersetzungen aus, ist ab Sommer des nächsten Jahres wieder mit einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Die in den 90er-Jahren erzielte Verschlankung der Produktion und die Existenz flexibler Arbeitszeitmodelle werden den Entlastungsdruck mildern und dafür sorgen, dass sich der Abschwung der Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt 2002 insgesamt kaum auswirken wird. Auch wenn im abgelaufenen Jahr viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht wurden, sollte man nicht übersehen, dass Baden-Württemberg auch 2001 in einigen wichtigen Bereichen vorangekommen ist. Im Jahresdurchschnitt erreichte die Zahl der Arbeitslosen ihr bisher niedrigstes Niveau seit 1993. Dabei hat sich gerade die Lage für Personen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, spürbar gebessert: Ältere und behinderte Menschen fanden wieder zunehmend eine Be-

schäftigung. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit können die Menschen ihr Leben wieder stärker in die eigene Hand nehmen. Von besonderer Bedeutung ist dies für die jüngere Generation, die eine berufliche Perspektive braucht. Es ist ein wichtiger Fortschritt, dass nach Jahren des Lehrstellenmangels im Jahr 2001 das Lehrstellenangebot erstmals die Zahl der Bewerber wieder überschritten hat. In dem höheren Angebot an Lehrstellen kommt aber auch der hohe und steigende Bedarf der Wirtschaft nach gut ausgebildeten Fachkräften zum Ausdruck. Gute schulische und berufliche Qualifikationen sind heute mehr denn je ein wichtiges Einstellungskriterium und gleichzeitig der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Dies gilt besonders in Phasen konjunktureller Schwäche. Staat und Bevölkerung haben die wachsende Bedeutung der (Aus-)Bildung offenbar erkannt, denn das Land gibt einen seit 1998 wieder zunehmenden Anteil der Gesamtausgaben für Bildung aus, und unter den Schülern ist die Neigung zu studieren gestiegen. Neben der rein finanziellen Förderung muss in Zukunft das Augenmerk aber verstärkt auch auf Effizienz- und Qualitätsaspekte der (Hochschul-)Ausbildung gelegt werden.

Investitionen in die Bildung sind nicht nur ein guter Schutz vor Arbeitslosigkeit, sie erhöhen auch das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft insgesamt. Zusammen mit hohen Investitionen in Sachkapital und in die Innovationsfähigkeit sind kreative, flexible und gut ausgebildete Arbeitskräfte der entscheidende Baustein auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Die jüngste Abschwächung der Weltkonjunktur hat die hohe Abhängigkeit Baden-Württembergs von außenwirtschaftlichen Impulsen verdeutlicht. Natürlich wird sich eine so stark in die internationale Arbeitsteilung eingebundene Volkswirtschaft wie Baden-Württemberg externen Bremseffekten nie entziehen können. Die Stärkung der inneren Wachstumskräfte könnte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aber von äußeren Impulsen unabhängiger machen und das Land auf einen höheren Wachstumspfad heben. Neben hohen Bildungs- und Forschungsinvestitionen fällt dem Staat dabei die Rolle zu, durch eine angemessene Ausgestaltung des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems Leistungsanreize zu schaffen und eine auf Dauer tragbare Finanzlage zu gewährleisten. Natürlich sind dabei die Einflussmöglichkeiten des Landes aufgrund der gegebenen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern begrenzt. Für Reformen des Steuer- und Abgabensystems steht der Bund in der Verantwortung. In der Technologie- und Bildungspolitik sowie mit einer soliden Haushaltspolitik kann es aber eigene Akzente setzen.

## Gesamtwirtschaft

### Südwestwirtschaft im Abwärtstrend

Im Verlauf des Jahres 2001 fielen die Wachstumserwartungen für den Südwesten Monat für Monat bescheidener aus. Sorgen im ersten Quartal noch die vollen Auftragsbücher aus dem Hochkonjunkturjahr 2000 für eine beachtliche Zuwachsrate um real 2 ¼ %, halbierte sich das Wirtschaftswachstum bereits im zweiten Quartal nach Einbußen in allen Wirtschaftsbereichen auf noch 1 ¼ % und fiel schließlich im dritten Quartal nach einem regelrechten Einbruch der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen auf ein Plus von lediglich ¾ % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die anhaltende Auftragsschwäche vor dem Hintergrund des eingetrübten Globalklimas der Wirtschaft lässt erwarten, dass die konjunkturelle Talsohle noch nicht erreicht ist und sich der aktuelle Abwärtstrend weiter fortsetzt.

### Im Sog der schwachen Weltkonjunktur

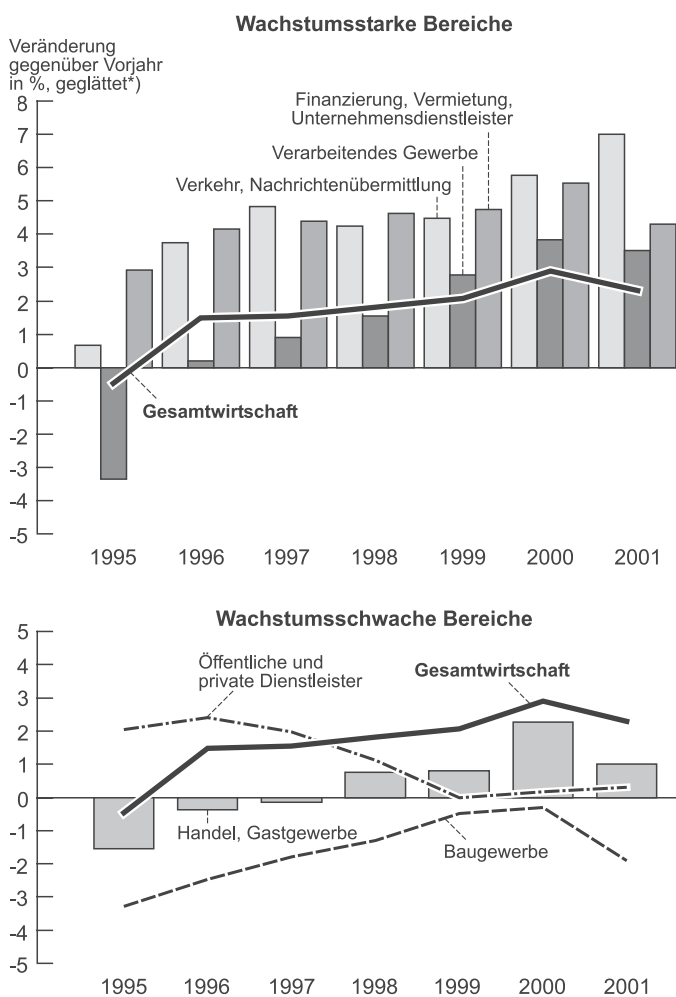
Die traditionell stark exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft geriet im Jahr 2001 zunehmend in den Sog der welt-

weit schwachen Konjunktur. Noch zu Jahresbeginn profitierte die Wirtschaft des Landes, maßgeblich geprägt durch ein überraschend hohes Produktionsplus vor allem des Verarbeitenden Gewerbes, von dem aus dem Boomjahr 2000 mitgenommenen Tempo. Vorübergehend schien sich das anhaltend steile Wachstum fortzusetzen, getragen von einer überaus regen Auslandsnachfrage sowie einem ebenfalls sehr lebhaften Inlandsgeschäft. Insbesondere die heimische Fahrzeugindustrie, seit Mitte der 90er-Jahre Motor des konjunkturellen Aufschwungs im Südwesten, glänzte mit einem beachtlichen Anstieg der Auslandsorders.

Bereits in den Frühjahrsmonaten hatte der Schwung jedoch zusehends nachgelassen. Saisonbereinigt waren die Auftragseingänge der Industrie bereits rückläufig. Beeinträchtigt von der globalwirtschaftlichen Schwäche hatte neben dem Exportmotor auch die Industrieproduktion im Inland an Wachstumstempo eingebüßt. Seit Frühjahr gingen sowohl von der Inlands- als auch Auslandsnachfrage keine konjunkturellen Impulse mehr aus. Die Inlandsbestellungen in der Südwestindustrie verfehlten bereits drei Monate in Folge das Vorjahresergebnis, und auch das Auslandsgeschäft brachte nur ein neuerliches Minus in die Auftragsbücher. Gründe für die auffallend rasche Abkühlung der hiesigen Konjunktur waren vor allem die Wachstumsschwäche des wichtigsten baden-württembergischen Wirtschaftspartnerlandes USA und der hierdurch auch in den europäischen Partnerländern ausgelöste Konjunkturückgang, die zu einem verstärkten Exportausfall geführt hatten. Außerdem litt der inländische Konsum unter der steigenden Inflation, die in erster Linie auf gestiegene Rohöl- und Lebensmittelpreise zurückging. Der vom Verarbeitenden Gewerbe ausgehende Abwärtstrend übertrug sich im Laufe der Zeit auch auf andere Wirtschaftsbereiche: Der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung verlor im Jahresverlauf etwas, der Großhandel erheblich an Schwung, und das Bauhauptgewerbe setzte seine im Vorjahr begonnene Talfahrt beschleunigt fort. Selbst die wachstumsverwöhnten Finanz- und Unternehmensdienstleister büßten gegenüber dem Vorjahr merklich an Dynamik ein. Lediglich der Einzelhandel und das Gastgewerbe zeigten sich vergleichsweise stabil und tendierten sogar leicht aufwärts.

Schaubild 1

### Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg seit 1995 nach Wirtschaftsbereichen



\*) Gleitende 3-Jahres-Durchschnitte der Bruttowertschöpfung (für die Gesamtwirtschaft des Bruttoinlandsprodukts) in Preisen von 1995; Angaben für 2001: Eigene Schätzung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

588 01

### Industriekonjunktur hinterlässt deutliche Bremsspuren

Gegen Ende des dritten Quartals 2001 traten die Bremsspuren der Konjunkturabschwächung auch hier zu Lande immer deutlicher hervor. So brach die Nachfrage nach Erzeugnissen der Südwest-Industrie im September massiv ein. Die Industrieaufträge im Verarbeitenden Gewerbe verzeichneten einen Rückgang um 11 % gegenüber dem Vorjahresergebnis, und zwar in gleicher Höhe sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Damit blieb erstmals seit Mitte der 90er-Jahre der kräftige saisonübliche Anstieg im Vergleich zum nachfrageschwachen Ferienmonat August aus. Nachdem die Dynamik der Nachfrageentwicklung vor genau einem Jahr, im September 2000, ihren Höhepunkt erreicht hatte, schwächten sich die Industrieaufträge in den Monaten danach infolge der Abkühlung der Weltwirtschaft immer weiter ab. Nach drei Quartalen in 2001 lagen die Bestelleingänge der Südwest-Industrie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit einem Prozent im Minus. Dabei war vor allem die Nachfrage der Inlandskunden weggebrochen, aber auch das Auslandsgeschäft verzeichnete nur noch ein leichtes Plus. Lediglich einzelne der bedeutenden Branchen im Südwesten konnten im Jahresverlauf eine positive Auftragsbilanz aufweisen. Ungeachtet einer rückläufigen Inlandsnachfrage registrierte der Fahrzeugbau den höchsten Zuwachs und profitierte damit noch von der hohen Auslandsnachfrage.

Nachdem bei den Bestelleingängen der Industrieunternehmen fünf Monate in Folge nur ein Minus zu verbuchen war, kam schließlich auch die bisher noch beachtlich hohe Produktionsentwicklung zum Erliegen. Getragen von den Auftragsüberhängen aus dem Boomjahr 2000 wies die Industrieproduktion zu Beginn des Jahres zweistellige Wachstumsraten auf, drosselte sich bis zur Jahresmitte auf immer noch bemerkenswerte 7½ % und fiel dann im September um mehr als 5 % hinter das Vorjahresergebnis zurück. Die einzelnen Wirtschaftsbranchen reagierten ganz unterschiedlich auf das konjunkturelle Umfeld und wiesen nach neun Monaten in 2001 recht verschiedene Produktionsentwicklungen auf. Als außerordentlich konjunkturagibel zeigte sich vor allem der Bereich Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, der u.a. auch Unternehmen der so genannten „New Economy“ umfasst. Diese Branche setzte sich mit einem regelrechten Produktionsprung von über 20 % nach vorne ab, fiel dann aber im September – am empfindlichsten getroffen von der Konjunkturlaute – mit fast 8½ % Minus branchenweit am stärksten zurück. Der im Land beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig Maschinenbau erreichte mit 5½ % Produktionszuwachs den Durchschnitt der Industrie insgesamt und lag als einzige Branche im September noch im Produktionsplus. Hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurück blieben die Bereiche Chemische Industrie und der Fahrzeugbau mit 3½ bis 4 % Produktionsanstieg, der Bereich Metallherzeugung und -bearbeitung mit 2 % sowie das Ernährungsgewerbe mit gerade noch ½ % Plus. Produktionseinbußen hinnehmen mussten dagegen das Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe mit - 1½ % bzw. - 3 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

### Unternehmensinsolvenzen auf hohem Niveau

Der Konjunktureinbruch hat im laufenden Jahr 2001 wieder mehr Unternehmen und Privatpersonen zahlungsunfähig werden lassen. Die seit Anfang 1999 zu beobachtende Zunahme der Insolvenzen in Baden-Württemberg setzte sich in 2001 fort, hat sich aber in den letzten Monaten auf hohem Niveau leicht abgeschwächt. Insgesamt hatten die Amtsgerichte im Land in den ersten drei Quartalen rund 3 900 Insolvenzverfahren zu entscheiden, ein Anstieg gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2000 um fast ein Fünftel. Etwas über die Hälfte der Insolvenzen waren Unternehmenspleiten, die mit knapp 17 % Zuwachs in den ersten neun Monaten einen leicht unterdurchschnittlichen Anstieg aufwiesen. Dabei waren die einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedlich stark von der Entwicklung der Insolvenzhäufigkeit betroffen. Große Zunahmen verzeichneten neben dem Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen mit 44 % Plus, vor allem das Verarbeitende Gewerbe mit + 21 % sowie das Baugewerbe mit + 17 % zahlungsunfähigen Unternehmen. Dagegen wirkten der Handel und der Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegenden Zuwachsraten sowie das Gastgewerbe mit sogar merklich weniger insolventen Unternehmen beruhigend auf das Insolvenzgeschehen. Gründe für die Zunahme der Firmenpleiten sind zum einen die mangelnde Eigenkapitalausstattung vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe und zum anderen ihre schlechte Investitions- und Finanzierungsplanung in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs. Ein erneuter Anstieg der Insolvenzen ist bei der derzeit labilen Wirtschaftslage daher nicht auszuschließen.

### Weit über dem Länderdurchschnitt

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Konjunkturabschwächung konnte die Wirtschaft Baden-Württembergs mit dem erreichten

Wachstum, zumindest in der ersten Jahreshälfte, durchaus noch zufrieden sein. Während etwa Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft in den ersten sechs Monaten 2001 schon um - 2,1 % schrumpfte, verzeichnete der Südwesten noch eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von real 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und hat damit erheblich besser abgeschnitten als der Durchschnitt aller Bundesländer. Fast gleichauf mit Hessen setzte sich Baden-Württemberg somit wieder an eine Spitzenposition unter den wachstumsstärksten Bundesländern.

Die stärksten Wachstumsimpulse gingen in 2001 vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe aus, das im ersten Halbjahr ein reales Plus von 4,4 % erwirtschaftete. Die treibenden Kräfte waren dabei insbesondere die Unternehmen des Bereichs Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik sowie die anteilsstarken Branchen Maschinenbau und Fahrzeugbau. Aufgrund der allgemein rezessiven Konjunkturentwicklung ist jedoch damit zu rechnen, dass das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg für das Gesamtjahr 2001 merklich niedriger ausfallen dürfte als noch zur Jahresmitte. Mit einer Wachstumsrate von gut 1 % wird in 2001 das Ergebnis des Boomjahres 2000 mit jahresdurchschnittlich 4,2 % Zuwachs deutlich verfehlt werden.

## Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs verlor im Laufe des Jahres 2001 immer mehr an Schwung. Mit hohem Tempo ins Jahr gestartet, zeigten im weiteren Jahresverlauf alle Indikatoren nach unten. Lagen die realen Umsätze und die Produktion im ersten Quartal noch rund 10 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau, betrug der Abstand im dritten Quartal 2001 nur noch etwa 1 bzw. ½ %. In den ersten neun Monaten des Jahres zusammengekommen, nahmen Umsatz und Erzeugung um 5 bzw. 6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Bis zum Jahresende dürften sich diese Werte weiter verringert haben. Die konjunkturelle Abschwächung blieb nicht ohne Folgen für die Beschäftigung. Auch wenn der Beschäftigtenzuwachs im Untersuchungszeitraum des Jahres 2001 mit knapp 20 000 Personen oder gut 1½ % gegenüber dem Vorjahr überaus hoch ausfiel, zeigte sich im Jahresverlauf hinter diesen Durchschnittswerten eine deutliche Verlangsamung.

Tabelle 1

### Entwicklung ausgewählter Merkmale im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 2000 und 1. bis 3. Quartal 2001

Merkmal	2000	2001			
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. - 3. Quartal
Veränderung gegen jeweiligen Vorjahreszeitraum in %					
Produktion .....	+ 12,4	+ 9,9	+ 7,4	+ 0,4	+ 5,8
Umsätze (real) .....	+ 9,5	+ 9,9	+ 4,4	+ 1,2	+ 5,1
Inlandsumsätze .....	+ 4,5	+ 7,2	+ 1,8	- 0,4	+ 2,8
Auslandsumsätze .....	+ 16,1	+ 13,2	+ 7,6	+ 3,0	+ 7,8
Auftragseingänge (real) ..	+ 14,4	+ 6,0	- 3,0	- 5,6	- 0,9
aus dem Inland .....	+ 8,6	+ 4,3	- 4,6	- 6,7	- 2,4
aus dem Ausland .....	+ 22,0	+ 8,1	- 1,1	- 4,4	+ 0,8
Beschäftigte .....	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,6
Insolvenzen .....	+ 23,8	+ 32,5	+ 11,7	+ 22,2	+ 21,4

## Tempoverlust im Jahresverlauf

Im vergangenen Jahr war das Verarbeitende Gewerbe mehreren dämpfenden Effekten ausgesetzt. Im Auslandsgeschäft machte sich zunehmend die schwache Weltkonjunktur bemerkbar und das Inlandsgeschäft litt unter dem inflationsbedingten Kaufkraftentzug sowie unter der zunehmenden Abschwächung der heimischen Investitionstätigkeit. Diese Einflüsse schlugen sich im Verlauf des vergangenen Jahres immer sichtbarer in den wichtigsten Indikatoren für die konjunkturelle Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes nieder. Vom ersten auf das dritte Quartal gingen die Veränderungsraten der realen Inlandsumsätze von + 7 % auf - ½ % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die preisbereinigten Auslandsumsätze nahmen nach 13 % im ersten Vierteljahr im dritten Quartal nur noch um 3 % zu. Mit einem Wachstum von insgesamt knapp 8 % wuchs das Auslandsgeschäft wiederum stärker als das Inlandsgeschäft. Die in Deutschland erzielten Umsätze stiegen zwischen Januar und September 2001 gegenüber dem Vorjahr real nur um knapp 3 %.

## Investitionsgüterproduzenten mit größtem Umsatzplus

Unter den Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes erzielten die Investitionsgüterproduzenten in den ersten drei Quartalen 2001 mit + 8 % im Vorjahresvergleich die größten realen Umsatzzuwächse. Dabei stiegen die im Ausland erzielten Erlöse mit + 10 % weitaus stärker als die Inlandsumsätze mit einem Plus von 5 %. Die stark exportorientierten Hersteller von Kraftwagen und -motoren, eine der wichtigsten Investitionsgüterbranchen des Landes, profitierten von einem anhaltend dynamischen Auslandsgeschäft. Damit konnten sie die zunehmende Absatzflaute im Inland teilweise kompensieren und mit einem realen Umsatzzuwachs von knapp 8 ½ % maßgeblich zum Gesamtergebnis beitragen. Der Maschinenbau, eine andere bedeutende Investitionsgüterbranche des Landes, steigerte seine realen Umsätze um rund 7 % gegenüber dem Vorjahr. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten verlief das Geschäft im letzten Jahr weitaus weniger schwungvoll. Insgesamt steigerten sie ihre Erlöse um 2 %. Im Inlandsgeschäft lag der Zuwachs bei 1 ½ %, im Ausland bei knapp 3 %. Bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgüterherstellern war der Tempoverlust im Jahresverlauf 2001 deutlich geringer ausgeprägt als in den beiden anderen Hauptgruppen. Aber auch die konsumnahen Branchen expandierten im Ausland erheblich stärker als im Inland. Ende September 2001 lagen die preisbereinigten Umsätze bei den Gebrauchsgüterproduzenten um knapp 2 ½ % über, bei den Herstellern von Verbrauchsgütern gut 1 % unter dem Vorjahresniveau.

## Insgesamt noch kräftiger Personalaufbau

Das Verarbeitende Gewerbe war im Jahr 2001 ein wichtiger Job-Motor des Landes. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale beschäftigte die Industrie rund 1,27 Mill. Personen. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 19 600 Personen oder 1,6 %. Ein Blick auf die einzelnen Quartalsergebnisse zeigt aber, dass der Personalaufbau in der Industrie im Jahresverlauf immer schwächer ausfiel. Im ersten Vierteljahr wurde der Personalbestand des Vorjahres um 2,1 %, im zweiten Vierteljahr um 1,7 % und im dritten nur noch um 0,9 % übertroffen. Dennoch dürfte das Verarbeitende Gewerbe bis zum Jahresende 2001 den zweithöchsten Beschäftigungszuwachs seit Mitte der 90er-Jahre erzielt und den Personalbestand von 1995 erst-

mals wieder übertroffen haben. Verantwortlich für die insgesamt günstige Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2001 waren die kräftig expandierenden Geschäfte der Industriebetriebe im Jahr 2000, die bis ins erste Quartal 2001 anhielten. Denn gewöhnlich passen die Unternehmen ihren Personalbestand erst mit zeitlicher Verzögerung einer veränderten Geschäftslage an. Infolgedessen schlugen sich aber auch die seit Frühjahr erlahmenden Wachstumskräfte noch nicht vollständig in den Beschäftigtenzahlen der ersten drei Quartale 2001 nieder. In diesem Zeitraum verzeichneten der Fahrzeugbau mit 8 600, der Maschinenbau mit 7 100 und der Bereich „Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik“ mit 6 600 Personen noch stolze Beschäftigungszuwächse. Demgegenüber bauten die Chemische Industrie, das Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie das Ernährungsgewerbe im Untersuchungszeitraum per saldo jeweils zwischen 1 000 und 2 000 Stellen ab. Das Textil- und Bekleidungsgewerbe hat damit seit 1995 mit rund 16 000 Stellen mehr als jeden vierten Arbeitsplatz gestrichen. Ursächlich dafür sind in erster Linie Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer als Reaktion auf den internationalen Konkurrenzdruck, dem diese arbeitsintensive Branche in besonderem Maße ausgesetzt ist.

## Aber: Zahl der Insolvenzen weiter gestiegen

Als Folge der sich abkühlenden Konjunktur nahm die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe im Verlauf des vergangenen Jahres saisonbereinigt immer mehr zu. In den ersten drei Quartalen 2001 belief sich die Zahl der Konkurse von Industrieunternehmen auf 335. Seit Mitte der 90er-Jahre wurden in den ersten neun Monaten lediglich 1996 mehr Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe registriert. Im Vorjahresvergleich stiegen die Konkurse bis Ende September 2001 um über 21 %. Die größten Zuwächse verzeichneten die stark vom Inlandsgeschäft abhängigen Branchen Verlags- und Druckgewerbe sowie Textil- und Bekleidungsgewerbe. Hier haben sich die Insolvenzen mehr als verdoppelt.

## Aussichten für 2002 verhalten

Für das Jahr 2002 zeigen die zur Verfügung stehenden Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe ein sehr verhaltenes Wachstumstempo an. Die realen Auftragseingänge entwickelten sich bereits seit dem Frühjahr 2001 rückläufig und lagen im dritten Quartal saisonbereinigt rund 5 % unter dem Stand des ersten Vierteljahres. Dabei war die Abschwächung im Inland stärker ausgeprägt als im Ausland. In den ersten neun Monaten 2001 lagen die Industriebestellungen insgesamt rund 1 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Ausschlaggebend für diese Abschwächung war die im In- und Ausland ausgeprägte Investitionsschwäche, die vor allem im Maschinenbau und im Bereich „Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik“ tiefe Spuren hinterlässt. Die schwache Entwicklung der Auftragseingänge wird die Industriekonjunktur bis weit ins erste Halbjahr 2002 hinein dämpfen. Impulse für eine allmähliche Belebung sind erst für den weiteren Verlauf des kommenden Jahres vor allem vom Ausland zu erwarten. Infolge der ab dem Frühjahr 2002 erwarteten Kräftigung der US-Konjunktur wird auch die europäische Wirtschaft allmählich wieder Fahrt aufnehmen. Damit werden sich die Exportaussichten für die baden-württembergische Industrie aufhellen, wodurch auch die inländische Investitionstätigkeit langsam wieder stimuliert werden dürfte.

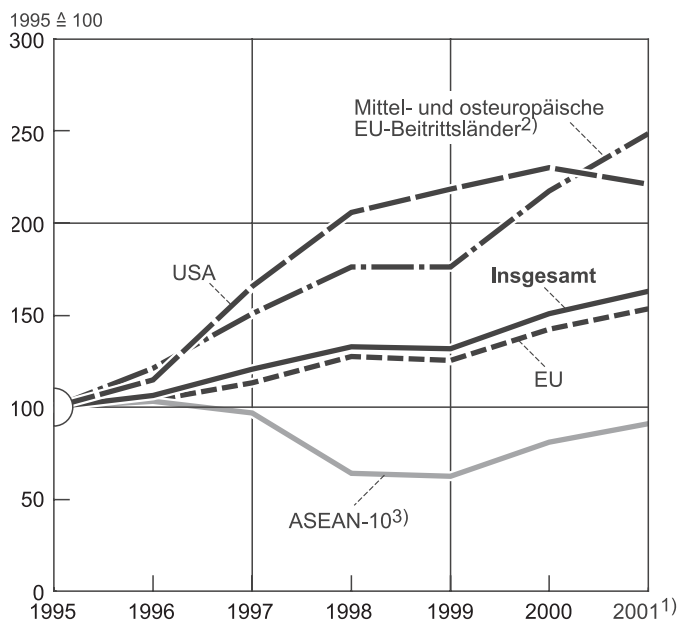
## Außenhandel

Der Außenhandel des Landes stand im Jahr 2001 unter dem Einfluss der weltweiten konjunkturellen Abkühlung. Nachdem der jahrelange Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten bereits Mitte des Jahres 2000 deutlich an Dynamik verlor, kam er im Frühjahr des vergangenen Jahres zum Stillstand. Im Herbst 2001 wurde die ohnehin labile US-Konjunktur durch die Terroranschläge vom 11. September zusätzlich geschwächt. In der Folge schrumpfte die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal erstmals seit 1993. Der Abschwung in den USA griff mit zeitlicher Verzögerung auf immer mehr Länder über. Japan und einige asiatische Schwellenländer bekamen besonders den drastischen Einbruch der Nachfrage nach Gütern der Informationstechnologie zu spüren. In einigen Ländern, darunter Japan, war die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits im ersten Halbjahr 2001 rückläufig. Auch der Euroraum blieb von der weltweiten Konjunkturschwäche nicht verschont. Durch den Kaufkraftentzug infolge der kräftig gestiegenen Ölpreise zusätzlich geschwächt, kamen die konjunkturellen Auftriebskräfte zur Jahresmitte zum Erliegen.

In diesem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld konnten die Ausfuhren Baden-Württembergs 2001 nicht mehr das glänzende Ergebnis des Jahres 2000 erreichen, als sie um nominal rund 15 % gegenüber dem Vorjahr zunahmen. Nichtsdestotrotz entwickelten sich die Auslandsgeschäfte auch im abgelaufenen Jahr recht gut. Bis Ende August nahmen die Exporte des Landes 2001 immerhin noch um nominal 8 % gegenüber dem Vorjahr zu.<sup>1</sup> Bei einem Anstieg der Ausfuhrpreise von ungefähr 2 % entspricht

<sup>1</sup> Bei Redaktionsschluss lagen für die Jahre 2000 und 2001 nur vorläufige Exportzahlen vor.

Schaubild 2  
**Ausfuhr Baden-Württembergs seit 1995 insgesamt und nach Ländern bzw. Ländergruppen**



1) Hochrechnung auf Basis der Monate Januar bis August. – 2) Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn. – 3) Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

dies einem realen Zuwachs von gut 6 %. Damit blieben die Ausfuhren die dynamischste Nachfragekomponente und die wesentliche Stütze der Konjunktur. Impulse erhielten die Exporte des Landes auch im abgelaufenen Jahr von monetärer Seite. Gegenüber dem US-Dollar, Britischen Pfund Sterling und Schweizer Franken wertete der Euro im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2001 im Vergleich zum Vorjahr nochmals zwischen 5 und 14 % ab.

### 2001: Osthandel boomt – US-Handel schrumpft

Auf dem Weltmarkt waren 2001 Maschinen und chemische Erzeugnisse aus heimischer Produktion besonders gefragt. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die Ausfuhren dieser Waren, auf die rund ein Viertel bzw. ein Achtel der Exporte des Landes entfallen, um jeweils 11 %. Die größten Absatzerfolge erzielte die baden-württembergische Exportwirtschaft 2001 im Osten. Die Ausfuhren nach China stiegen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 74 %, die Lieferungen nach Russland um 61 % und in die zehn mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer<sup>2</sup> um 14 %. Obwohl sich die Konjunktur in der EU bereits seit Jahresbeginn 2001 abkühlte, nahmen die Ausfuhren des Landes in die EU-Länder bis Ende August um immerhin noch 7 ½ % zu. Dagegen machte sich die Konjunkturschwäche in den USA und Japan im Durchschnitt der ersten acht Monate 2001 deutlich in den Exportzahlen des Landes bemerkbar: Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten und Japan gingen um knapp 4 bzw. 11 % zurück. Trotzdem blieben die Vereinigten Staaten auch im vergangenen Jahr der wichtigste Abnehmer heimischer Produkte. Rund 14 % des baden-württembergischen Exports gingen in die USA. An zweiter und dritter Stelle blieben Frankreich und Italien mit einem Anteil von 10 bzw. 7 ½ %. Auf die EU-Länder insgesamt entfiel knapp die Hälfte der Ausfuhren des Landes.

### Größte Exportzuwächse seit 1995 mit China, Russland und EU-Beitrittsländern

Die im vergangenen Jahr großen Exporterfolge Baden-Württembergs in China, Russland und in den zehn mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern waren keine Ausnahme, sondern vielmehr die Fortsetzung eines seit einigen Jahren anhaltenden Trends. Während die Ausfuhren Baden-Württembergs zwischen 1995 und 2001 um insgesamt ca. 60 % expandierten, haben sich die Exporte des Landes nach China und Russland etwa verdreifacht und in die zehn mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer stiegen sie um das Zweieinhalbfache. Mit dem Beitritt Chinas in die WTO und dem Fortschreiten des Aufnahmeprozesses der zehn mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer dürfte sich das Wachstumspotenzial für die baden-württembergischen Exporte in diesen Ländern künftig sogar noch weiter erhöhen. Die Lieferungen des Landes in die USA nahmen trotz des Rückgangs im vergangenen Jahr seit 1995 beinahe doppelt so stark zu wie insgesamt. Leicht unterdurchschnittlich expandierten die volumenmäßig bedeutenden Ausfuhren in die EU-Länder. Die Absatzmärkte in Japan und in den ASEAN-Staaten<sup>3</sup> entwickelten sich dagegen deutlich verhaltener. Während die Importe Japans aus Baden-Württemberg 2001 um rund 40 % über dem Wert von 1995 lagen, blieben die heimischen Exporte in die zehn ASEAN-Staaten um knapp 10 % zurück.

<sup>2</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

<sup>3</sup> Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

Immerhin stiegen sie nach dem tiefen Einbruch, der von der südostasiatischen Wirtschafts- und Finanzkrise 1997 ausgelöst wurde, im vergangenen Jahr zum zweiten Mal in Folge.

### Aussichten für 2002 sind gedämpft

Im Jahr 2002 zeichnet sich für die Ausfuhren des Landes eine weitere Beruhigung ab. In der baden-württembergischen Industrie, dem Hauptträger des Exports, gehen die neu aus dem Ausland eingehenden Aufträge preis-, kalender- und saisonbereinigt bereits seit Frühjahr 2001 zum Teil kräftig zurück. Mit zeitlicher Verzögerung dürfte sich diese Entwicklung ab Ende 2001 auch in den Exportzahlen verstärkt bemerkbar machen. Mit der ab Frühjahr und zur Jahresmitte 2002 erwarteten konjunkturellen Belebung in den USA und in der EU dürfte sich das Exportklima dann allmählich wieder aufhellen.

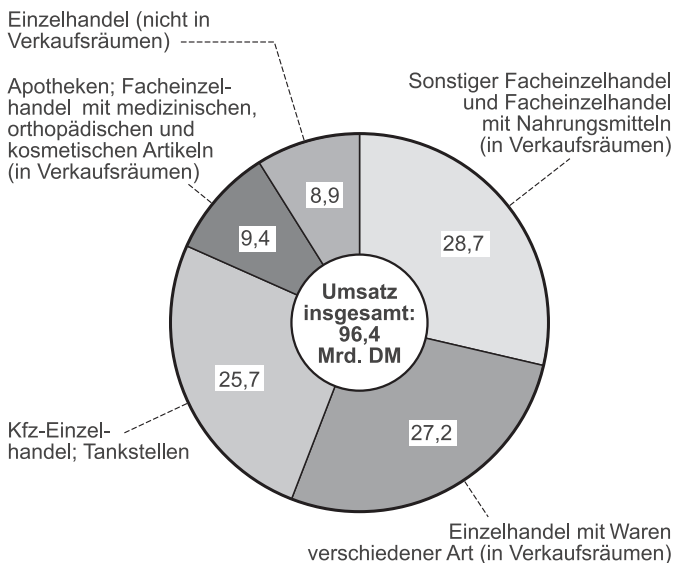
## Handel

### Robuster Einzelhandel

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel Baden-Württembergs hat sich in den ersten drei Quartalen 2001 als überraschend robust erwiesen. Mit einer Veränderungsrate von gut 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum expandierte der nominale Umsatz unvermindert gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Allerdings blieb der von der Steuerreform erhoffte zusätzliche Konsumschub aus. Gegenüber dem Jahr 2000, in dem sich das vierte Quartal außerordentlich schwach zeigte, ist jedoch mit einer lebhafteren Umsatzentwicklung zu rechnen. Im gesamten Jahresverlauf hat der Einzelhandel damit eine spürbare Zunahme der realen Umsätze erreicht, zumal bereits in den ersten neun Monaten die Umsätze real um 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen hatten.

Schaubild 3  
**Umsatz im Einzelhandel Baden-Württembergs 2000 nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen**

Anteile in %

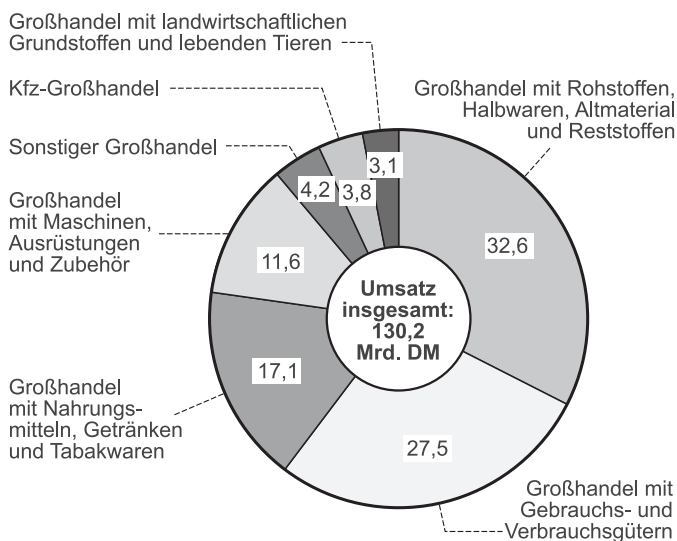


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

578 01

Schaubild 4  
**Umsatz im Großhandel Baden-Württembergs 2000 nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen**

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

577 01

Im vergangenen Jahr zeigte sich das für die zweite Hälfte der 90er-Jahre gewohnte Bild: Der klassische Einzelhandel blieb in der realen Umsatzentwicklung hinter dem Kfz-Einzelhandel und den Tankstellen zurück. Während er sich aber trotzdem mit einer Wachstumsrate von knapp 2 % kräftiger entwickelte als im Durchschnitt der letzten Jahre, konnten Kfz-Einzelhandel und Tankstellen trotz eines realen Wachstums von über 2 % noch nicht wieder an den langjährigen Trend anknüpfen. Ohnehin konnte sich der reale Umsatz im Kfz-Einzelhandel gegenüber dem vorangegangenen Jahr lediglich stabilisieren. Das gute Gesamtergebnis im Kfz-Bereich ist maßgeblich auf die Tankstellen zurückzuführen.

### Apotheken und Drogerien erneut mit dem stärksten Umsatzwachstum

Im klassischen Einzelhandel vergrößerten sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Während sich die meisten Sparten mit einem schwächeren realen Umsatzwachstum als im vorangegangenen Jahr zufrieden geben mussten, erreichten Apotheken und Drogerien in den ersten drei Quartalen eine Steigerungsrate von 7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Expansion in diesem Bereich setzte sich damit fort. Dagegen ist das Umsatzwachstum von knapp 4 % im Versandhandel in erster Linie als Gegenreaktion auf die starken Rückgänge der letzten Jahre zu werten. Bestenfalls deutet sich darin eine Stabilisierung, aber keine nachhaltige Wende zum Besseren an.

Die schwächste reale Umsatzentwicklung verzeichnete der Facheinzelhandel: Er musste gegenüber dem Vorjahr zum Teil sogar reale Umsatzeinbußen hinnehmen. Die BSE- und MKS-Krisen ließen die realen Umsätze im Nahrungsmiteleinzelhandel um 1 % sinken. Etwas besser zeigte sich die Umsatzentwicklung



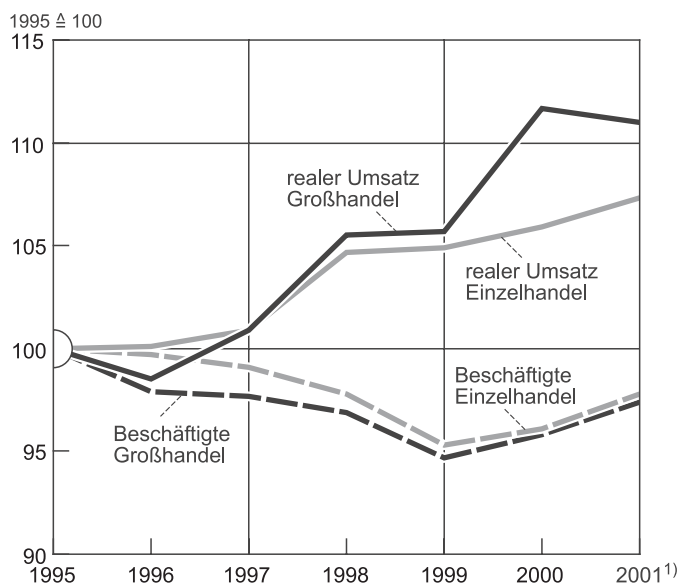
im sonstigen Facheinzelhandel. Aber auch hier wurde – insbesondere aufgrund der Schwäche des Bekleidungshandels – das Umsatzniveau des Vorjahreszeitraums nur knapp erreicht.

Während Warenhäuser und Supermärkte im Jahr 2000 noch ein deutliches Umsatzplus erzielt hatten, konnten sie in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ihr reales Umsatzniveau gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich halten. Bei einer Veränderungsrate von knapp 1 % ist sogar davon auszugehen, dass die Warenhäuser im Non-Food-Bereich reale Umsatzeinbußen verzeichneten. In den letzten Jahren expandierten sie regelmäßig schwächer als die Lebensmittelmärkte und Discounter, die immer stärker Non-Food-Artikel in ihr Sortiment aufnehmen.

### Deutlich mehr Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel

Mit einem Plus von 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahm die Beschäftigtenzahl im Einzelhandel in den ersten drei Quartalen erheblich stärker zu als im Vorjahr. Das Beschäftigungsplus geht aber nahezu vollständig auf die Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung zurück. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wuchs um 4 %. Nahezu jedes zweite Beschäftigungsverhältnis im Einzelhandel gehört damit zu diesem Beschäftigungssegment. Allerdings muss diese Zunahme vor dem Hintergrund des Rückgangs der Teilzeitbeschäftigung seit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gesehen werden. Es wurde im vergangenen Jahr lediglich das Niveau der Teilzeitbeschäftigung von 1998 wieder erreicht. Auf einen deutlichen Kapazitätsausbau deutet diese Zunahme nicht hin, zumal auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Einzelhandel konstant blieb.

Schaubild 5  
**Realer Umsatz und Beschäftigte im Einzel- und Großhandel Baden-Württembergs seit 1995**



1) Oktober 2000 bis September 2001.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

589 01

### Großhandel spürt schlechte Konjunktur

Während die Umsatzentwicklung im Einzelhandel weitestgehend von den Konsumausgaben der privaten Haushalte abhängt, spielen für den Großhandel auch die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen als Nachfrager eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr überrascht es damit nicht, dass die nominale Umsatzentwicklung in den ersten drei Quartalen mit einem Plus von gut 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich schwächer verlief als im Einzelhandel. Eine reale Umsatzeinbuße, die bereits in den ersten drei Quartalen bei 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum lag, ist aber unvermeidbar. Allerdings zeichnet sich im Kfz-Großhandel, in dem in den ersten drei Quartalen ein reales Umsatzplus von knapp 7 % erreicht wurde, auch für das gesamte Jahr ein Zunahme ab.

Der konsumentenbezogene Großhandel zeigte sich etwas robuster als der unternehmensbezogene Großhandel. Zwar ging im Nahrungsmittelgroßhandel der reale Umsatz wegen der Lebensmittelskandale zu Beginn des Jahres um über 6 % zurück, der Handel von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern stieg dagegen um 4 % an. Dagegen konnten der Handel mit landwirtschaftlichen Grundprodukten und der Handel mit Maschinen und Ausrüstungen, die sich innerhalb des unternehmensbezogenen Segments noch am besten entwickelten, lediglich das Umsatzniveau des Vorjahres halten. Im Handel mit Rohstoffen und Halbwaren sanken die Umsätze real sogar um über 4 %.

### Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Großhandel steigt

Während die Umsatzentwicklung im Großhandel in den ersten drei Quartalen unter dem schwachen Konjunkturverlauf litt, profitierte die Beschäftigungsentwicklung noch von der guten Verfassung des Großhandels im Jahr 2000. Mit einer Steigerung von 2 % expandierte die Zahl der Beschäftigten stärker als im Vorjahr und genauso stark wie im Einzelhandel. Während im Einzelhandel jedoch vor allem die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zunahm, erhöhte sich im Großhandel die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um knapp 3 %, während die Teilzeitbeschäftigung um knapp 1 % sank. Die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung, die im Großhandel mit einem Anteil von knapp 19 % an den Beschäftigten ohnehin wesentlich geringer ist als im Einzelhandel, ging damit weiter zurück.

Die stärkste Beschäftigungszunahme war mit einem Plus von knapp 7 % im Kfz-Großhandel zu registrieren. Allerdings hat dabei auch der erhebliche Beschäftigungsabbau in den vorangegangenen Jahren eine Rolle gespielt. Im sonstigen Großhandel zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Beschäftigungsentwicklung im konsumentenbezogenen Handel und im unternehmensbezogenen Handel. Mit einem Plus von knapp 6 % setzte sich die Beschäftigungsexpansion bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgütern nahezu unvermindert fort. Selbst im Nahrungsmittelgroßhandel wurde erstmals wieder eine leichte Stabilisierung der Beschäftigung mit einer Veränderungsrate von 1 % erreicht.

Dagegen hat im unternehmensbezogenen Bereich der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, der seine Beschäftigung nur knapp halten konnte, das beste Ergebnis erzielt. Mit einem Minus von gut 2 % im Maschinen- und Ausrüstungshandel und 5 % im Handel mit Landwirtschaftlichen Grundstoffen ging in diesen Sektoren die Beschäftigtenzahl jeweils deutlich zurück.

## Gastgewerbe und Tourismus

### Stabilisierung im Gastgewerbe setzt sich fort

Die Erhöhung des nominalen Umsatzes der ersten drei Quartale um knapp 4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutet auf eine weitere Stabilisierung des Gastgewerbes im Jahr 2001 hin. Die realen Umsätze erhöhten sich in diesem Zeitraum um 2 %, die Beschäftigtenzahl stieg um knapp 3 % und die Zahl der Insolvenzen sank um 9 % gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Im Hinblick auf die schwache Wirtschaftsentwicklung und die ungünstige Entwicklung des Tourismus seit September des vergangenen Jahres ist es allerdings unwahrscheinlich, dass sich die Stabilisierung im weiteren Jahresverlauf im gleichen Maße fortsetzt.

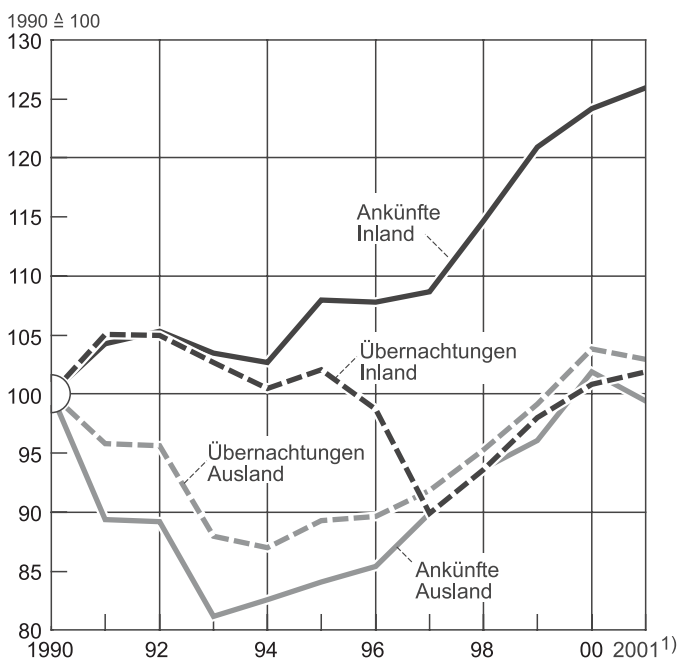
Die Erholung im Gastgewerbe darf ohnehin nicht überschätzt werden. Die Zunahme der Beschäftigung ist vor allem auf die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung um knapp 4 % zurückzuführen und stellt damit eine Gegenreaktion auf den massiven Rückgang der Teilzeitjobs nach der Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse dar. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg in den ersten drei Quartalen dagegen lediglich um knapp 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Flaute bei Restaurants und Cafes hält an

Restaurants und Cafes, auf die knapp die Hälfte des Umsatzes im Gastgewerbe entfällt, erreichten bis September lediglich ein reales Umsatzwachstum von knapp 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Beschäftigung stagnierte. Damit fand zwar der rückläufige Trend, der Anfang der 90er-Jahre eingesetzt hatte, ein Ende. Eine dauerhafte Wende zum Besseren ist jedoch noch nicht erkennbar.

Schaubild 6

### Ankünfte und Übernachtungen von Inlands- und Auslandsgästen in Baden-Württemberg seit 1990



1) Am aktuellen Rand die letzten zwölf Monate.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

570 01

Im sonstigen Gaststättengewerbe fand dagegen eine starke Ausweitung der Umsätze und der Beschäftigung in diesem Zeitraum statt. Mit einer realen Umsatzzunahme von knapp 5 % und einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um 8 % wurde bei beiden Größen das Niveau des Vorjahreszeitraums deutlich übertroffen. Da das sonstige Gaststättengewerbe neben Diskotheken und Bars auch Schankwirtschaften umfasst, ist ein erheblicher Teil der Erholung auf die günstige Witterung im vergangenen Jahr zurückzuführen.

Trotz ihrer hohen Konjunkturabhängigkeit wurde zwischen Januar und September bei Kantinen und Caterern ein reales Umsatzwachstum und ein Beschäftigungswachstum von 9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum erzielt. Im Zuge der weiteren konjunkturellen Abkühlung ist für das Gesamtjahr jedoch mit einer Abschwächung der Expansion zu rechnen.

### Hotellerie: schwaches Umsatzwachstum

In der Hotellerie – mit einem Umsatzanteil von knapp zwei Fünfteln der zweitgrößte Bereich im Gastgewerbe – zeigte sich eine ambivalente Entwicklung: Zwar stieg die Beschäftigtenzahl in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 um knapp 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, die realen Umsätze wuchsen jedoch nur um gut 1 %. Im übrigen Beherbergungsgewerbe, das neben der Parahotellerie – also Ferienwohnungen, Ferienheime und Privatquartiere – auch Campingplätze umfasst, stiegen die realen Umsätze bedingt durch den günstigen Witterungsverlauf sogar um knapp 2 %, die Beschäftigung sank allerdings um 6 % gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Die Veränderung des Reiseverhaltens und die zunehmende Konkurrenz durch die Hotellerie belasten langfristig die Entwicklung dieser Beherbergungssparte. Die geringe Größe dieses Segments macht den Umsatz- und Beschäftigungsverlauf darüber hinaus besonders schwankungsanfällig.

### Risiken für das Beherbergungsgewerbe steigen

Für die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung in der Hotellerie kündigten sich im Herbst des vergangenen Jahres zusätzliche Belastungen an. In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 war die Zahl der Übernachtungen in der Hotellerie zwar um gut 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, die Zahl der Übernachtungen im gesamten Beherbergungsgewerbe hat in den ersten drei Quartalen aber stagniert. Im Vorjahr hatte das Wachstum dagegen noch knapp 4 % betragen. Voraussichtlich wurde im weiteren Verlauf des Jahres 2001 das Gesamtergebnis des Vorjahres von über 39 Mill. Übernachtungen nur knapp wieder erreicht.

Die Übernachtungsentwicklung im Beherbergungsgewerbe war allerdings bereits vor September durch die sinkende Übernachtungszahl bei Auslandsgästen belastet worden. Die Übernachtungen von Auslandsgästen im Zeitraum von Januar bis August gingen um 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Im September beschleunigte sich dann die Abnahme: Für die ersten drei Quartale erreichte das Minus gut 2 %. Bereits seit Jahresbeginn hat die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in Japan und in den Vereinigten Staaten die Zahl der Gäste aus Übersee sinken lassen. Die Terroranschläge im September haben noch zusätzlich viele Amerikaner und Japaner zum Verzicht auf Fernreisen bewogen. Da die Übernachtungen ausländischer Gäste einen Anteil von 13 % am Gesamtvolumen ausmachen, hinterließ dieser Rückgang in der Gesamtentwicklung der Übernachtungszahlen deutliche Spuren.



Der Übernachtungsrückgang bei Fernreisenden betrifft vor allem die Hotellerie. Dort entfällt knapp ein Fünftel der Übernachtungen auf Auslandsgäste. In der Parahotellerie, wo dieser Anteil immerhin fast ein Zehntel beträgt, dürfte der Rückgang weit aus weniger zu spüren gewesen sein, da hier vor allem Bürger aus dem europäischen Ausland absteigen. Ähnliches gilt für die Campingplätze in Baden-Württemberg, wo fast ein Viertel der Übernachtungen auf Auslandsgäste zurückgeht.

### Hoher Übernachtungsrückgang in der Region Neckarland-Schwaben

Die sinkende Zahl der Auslandsgäste belastete insbesondere den Städtetourismus. Da sich mit Heidelberg und Stuttgart die beiden beliebtesten Ziele für Städtereisen in der Touristikregion Neckarland-Schwaben befinden, überrascht es nicht, dass diese Region mit einem Minus von knapp 4 % in den ersten drei Quartalen den höchsten Rückgang der Übernachtungszahlen bei ausländischen Gästen gegenüber dem Vorjahreszeitraum hinnehmen musste. Ihren Anteil an der Gesamtzahl der Übernachtungen im Land, der aufgrund des Trends zu Städtereisen von 1990 bis 2000 um 5 Prozentpunkte auf über 38 % gestiegen war, konnte die Region aber trotzdem weiter erhöhen, da die Gesamtzahl der Übernachtungen um gut 2 % stieg. Der Schwarzwald – nach wie vor die wichtigste touristische Region des Landes – konnte dagegen einen weiteren Rückgang seines Übernachtungsanteils von 47 % im vergangenen Jahr nicht verhindern. In dieser Region sank die Übernachtungszahl der ersten drei Quartale um knapp 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Übernachtungsrückgang im Kurbereich

In der mit einem Übernachtungsanteil von knapp 15 % kleinsten Touristikregion des Landes, Bodensee-Oberschwaben, war eine Zunahme der Übernachtungen zu verzeichnen. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 stieg ihre Zahl um 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Allerdings dämpfte die Entwicklung der Übernachtungszahlen im Kur- und Gesundheitsbereich die Zunahme. In der Region Bodensee-Oberschwaben entfallen rund zwei Fünftel der Übernachtungen auf diesen Sektor.

Auch landesweit ist das Kurwesen mit einem Übernachtungsanteil von gut einem Fünftel ein wichtiger Beherbergungsbereich. Im Anschluss an den Einbruch der Übernachtungszahlen im Jahr 1997 hatte eine kräftige Erholung eingesetzt. Durch neue Angebote im Wellnessbereich war es den Kureinrichtungen gelungen, den Gästekreis erheblich auszuweiten. Das Ende dieser Entwicklung scheint sich aber anzukündigen: Die Übernachtungszahl ist in diesem Bereich in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres nur noch um knapp 1 % gestiegen.

### Weitere Einbußen aufgrund der Terroranschläge sind unvermeidlich

Die Ankünfte und Übernachtungen ausländischer Touristen hatten im Jahr 2000 erstmals wieder das Niveau von 1990 erreicht. Vieles sprach dafür, dass auch die wirtschaftliche Stagnation des vergangenen Jahres die weitere Aufwärtsentwicklung nur verzögern würde, zumal die Einführung des Euro dem Tourismus Impulse verleihen sollte. Mit den Terroranschlägen von September wird die Prognose schwieriger: Bleiben Amerikaner und Japaner den europäischen Reisezielen wie bereits während des

Golfkriegs über längere Zeit fern, dann sind erhebliche Einbußen für die hiesige Tourismuswirtschaft zu erwarten, zumal es eher unwahrscheinlich ist, dass umgekehrt europäische Touristen Deutschland als Alternative zu Fernreisezielen entdecken.

## Handwerk

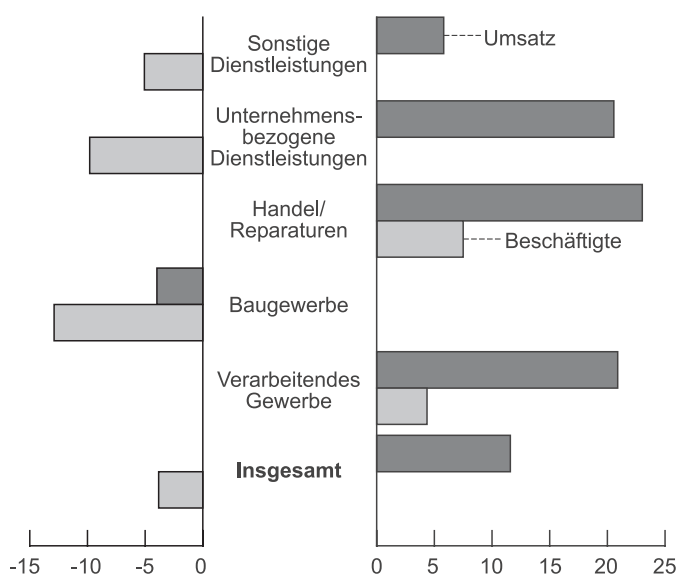
### Ernüchterung im Handwerk

Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres wurde im Handwerk lediglich das Umsatzniveau des Vorjahreszeitraums erreicht. Die Erholung, die im Jahr 2000 eingesetzt hatte, setzte sich damit nicht fort. Da es in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zu einer erheblichen Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kam, hat der nominale Gesamtumsatz des Jahres 2001 den Vorjahreswert von 127 Mrd. DM nicht erreicht. Aufgrund des vergleichsweise hohen Preisauftriebs im vergangenen Jahr ist sogar von einem deutlichen Rückgang der realen Umsätze auszugehen.

Besonders hohe Umsatzrückgänge musste das Baugewerbe hinnehmen. Im ersten Halbjahr 2001 lagen die nominalen Umsätze in dieser Sparte um knapp 3 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Vor allem der Bereich „vorbereitende Baustellenarbeiten, Hochbau und Tiefbau“ wurde von der sich weiter eintrübenden Baukonjunktur in Mitleidenschaft gezogen. Eine geringe Nachfrage im Eigenheimbau, die starke Verringerung der kommunalen Investitionstätigkeit und eine unerwartete Abschwächung der gewerblichen Baunachfrage ließen das Neubauvolumen und damit die Umsätze sinken. Rückläufige Umsätze waren auch im Bereich „sonstiges Baugewerbe“, der u.a. das Maler- und Glasergerber sowie die Platten- und Fliesenlegerei umfasst, zu verzeichnen. Da dieser Sektor jedoch nicht nur vom Neubauvolumen, sondern auch von bestandsbezogenen Baumaßnahmen abhängt, war der Rückgang weniger ausgeprägt.

Schaubild 7  
**Umsatz und Beschäftigung im Handwerk Baden-Württembergs**

- Veränderung 2000 gegenüber 1996 in % -



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

572 01

Aufgrund der gestiegenen Rohbauleistung im Jahr 2000 gelang es den Unternehmen im Bereich „Bauinstallationen“ sogar, ihre Umsätze zu erhöhen.

Die Schwäche des Baugewerbes trug aufgrund seines Umsatzanteils von 34 % maßgeblich zur Stagnation der Gesamtumsätze im Handwerk bei. Zumal vom Verarbeitenden Gewerbe, das mit einem Anteil von 39 % der größte Handwerksbereich ist, und vom Handel und Gastgewerbe keine Impulse auf die Umsatzentwicklung ausgingen. Mit einem Plus von knapp 2 % konnte das Verarbeitende Gewerbe seine Umsätze nur geringfügig ausdehnen. Im Handel und Gastgewerbe wurde sogar nur eine Zunahme von gut 1 % erreicht.

### **Verarbeitendes Gewerbe und Handel stagnieren**

Die Handwerksbetriebe im Verarbeitenden Gewerbe waren im vergangenen Jahr einer ganzen Reihe von widrigen Ereignissen ausgesetzt. Im ersten Halbjahr bewirkte das europaweite Auftreten von BSE- und MKS-Fällen eine erhebliche Verunsicherung der Verbraucher. In der Folge musste das Fleischerhandwerk Umsatzeinbußen hinnehmen, und das gesamte Ernährungsgewerbe erreichte lediglich das Umsatzniveau des Vorjahreszeitraums. Aber auch das Holzgewerbe verzeichnete rückläufige Umsätze. In dieser Handwerkssparte werden unter anderem Konstruktions- und Bauteile für die Bauwirtschaft hergestellt. Die schlechte Baukonjunktur beeinträchtigte damit unmittelbar die Umsatzentwicklung im Holzgewerbe.

Das industrienähe Handwerk konnte dagegen überwiegend an die gute Entwicklung des letzten Jahres anknüpfen. Die erhöhte Investitionsbereitschaft in der Industrie bescherte vor allem den Handwerksbetrieben im Maschinenbau und im Bereich Steuer- und Regelungstechnik sowie Optik im ersten Halbjahr steigende Umsätze. Lediglich bei den Herstellern von Metallzeugnissen, die Vorprodukte an die Industrie liefern, stagnierten die nominalen Umsätze. Das sich darin ankündigende Abflauen der Industriekonjunktur hat sich im zweiten Halbjahr noch verstärkt und dürfte die Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe spürbar belastet haben.

Nicht nur einzelne Sparten des Verarbeitenden Gewerbes spürten die nachlassende Industriekonjunktur bereits im ersten Halbjahr. Auch im Großhandel gingen die Umsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Dagegen setzte sich im Einzelhandel und in den Reparaturbetrieben von Gebrauchsgütern die Umsatzausweitung fort. Offensichtlich hat sich der private Konsum aufgrund der Steuerreform zu Jahresbeginn robuster entwickelt als ursprünglich angenommen. Lediglich im Kfz-Handel und in den Kfz-Reparaturbetrieben verminderte sich der Umsatzzuwachs aufgrund der geringen Kfz-Nachfrage deutlich.

### **Dienstleistungsunternehmen dehnen Umsätze aus**

Die Dienstleistungsunternehmen konnten an die günstige Umsatzentwicklung des Vorjahres anknüpfen. Bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen – etwa der Gebäudereinigung – stieg der nominale Umsatz im ersten Halbjahr 2001 um 10 %, die Anbieter von haushaltsbezogenen Dienstleistungen wie etwa Friseurie erzielten ein Umsatzwachstum von 4 %. Die unternehmensbezogenen Dienstleistungsanbieter profitierten damit noch von der günstigen Industriekonjunktur im Jahr 2000, und

den haushaltsbezogenen Dienstleistungsanbietern kam die robuste Konsumnachfrage der Haushalte zugute. Da beide Sparten zusammen allerdings nur einen Anteil von 15 % am Gesamtumsatz des Handwerks erreichen, hatte diese positive Entwicklung nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtumsatzes im Handwerk.

### **Beschäftigung im Handwerk stagniert**

Nachdem der Beschäftigungsabbau im Handwerk im Jahr 2000 zum Stillstand gekommen war, hat er sich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres wieder beschleunigt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten von 273 000 im Jahr 2000 dürfte am Ende des vergangenen Jahres deutlich unterschritten worden sein.

Das Baugewerbe verzeichnete mit einem Rückgang von gut 4 % sogar die stärkste Beschäftigungsabnahme seit 1997. Die strukturelle Krise im Bauhandwerk, die seit 1996 zu einem Beschäftigungsabbau in Höhe von 13 % führte, hat sich damit wieder verschärft. Im Verarbeitenden Gewerbe setzte sich die Stagnation der Beschäftigung, die bereits seit 1999 anhält, fort. Lediglich im Handel fand in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres noch ein Beschäftigungsaufbau statt, wenn auch mit einer Zunahme um gut 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum wesentlich langsamer als noch vor Jahresfrist. Im Handel geht damit wie in den letzten Jahren eine positive Umsatzentwicklung mit Beschäftigungsaufbau einher. Ganz anders in den übrigen Dienstleistungsbereichen. Obwohl die unternehmensbezogenen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen im vergangenen Jahr die beste Umsatzentwicklung aller Handwerkssparten verbuchen konnten, stagnierte hier die Zahl der Beschäftigten. Mit dem Nachlassen der Umsatzentwicklung in diesem Bereich dürfte es wieder zu Beschäftigungsabbau kommen. Zumal die Zahl der Beschäftigten trotz einer günstigen Umsatzentwicklung seit 1996 massiv zurückging. Hier wird der hohe Rationalisierungsdruck im Bereich der einfachen Dienstleistungen besonders deutlich.

Seit 1996 ist die Beschäftigtenzahl im gesamten Handwerk um knapp 4 % gesunken. Diese Entwicklung ist aber nicht nur auf den generellen Rationalisierungsdruck oder die Strukturkrise im Baugewerbe zurückzuführen. Häufig führt auch das Fehlen eines geeigneten Nachfolgers, der den Betrieb weiterführt, zur Betriebsaufgabe.

### **Bauhauptgewerbe**

Das Bauhauptgewerbe kehrte im Jahr 2001 auf den Mitte der 90er-Jahre eingeschlagenen Abwärtstrend zurück. Nachdem dieser in den beiden Jahren zuvor mit Umsatzzuwächsen von nominal 6 und 1 % verlassen wurde, wähnte man die Talsohle der Baukonjunktur bereits durchschritten. Diese Hoffnung wurde im vergangenen Jahr jäh zerstört. Bei annähernd konstanten Preisen gingen die nominalen Umsätze in den ersten drei Quartalen 2001 mit - 5,0 % in etwa so stark zurück wie zuletzt 1997. Bis zum Ende des vergangenen Jahres dürfte der baugewerbliche Umsatz damit fast wieder den niedrigsten Stand seit Mitte der 90er-Jahre erreicht haben. Durch den erneuten Einbruch der Baukonjunktur gingen im Bauhauptgewerbe in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres gegenüber dem Vorjahr knapp 6 000 Arbeitsplätze verloren. Die Beschäftigung reduzierte sich damit im Vorjahresvergleich um 5 %.

Tabelle 2

**Entwicklung ausgewählter Merkmale im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1999, 2000 und 1. bis 3. Quartal 2001**

Merkmal	1999	2000	1. bis 3. Quartal 2001
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Produktion <sup>1)</sup> .....	+ 3,9	+ 0,8	- 4,2
Umsätze (nominal) .....	+ 5,9	+ 1,0	- 5,0
Hochbau .....	+ 5,5	+ 0,3	- 6,0
Wohnungsbau .....	+ 4,0	+ 0,0	- 14,4
Wirtschaftshochbau .....	+ 7,4	+ 1,7	+ 8,8
Öffentlicher Hochbau .....	+ 9,6	- 2,6	- 2,7
Tiefbau .....	+ 6,9	+ 2,5	- 2,8
Straßenbau .....	+ 12,7	+ 14,9	- 1,3
Wirtschaftstiefbau .....	+ 9,3	- 10,4	- 3,4
Öffentlicher Tiefbau .....	- 1,0	- 0,7	- 4,2
Auftragseingänge (nominal) .....	+ 0,9	- 2,1	- 3,7
Hochbau .....	+ 1,1	- 3,6	- 5,6
Tiefbau .....	+ 0,5	+ 0,1	- 0,9
Beschäftigte .....	- 0,5	- 2,1	- 4,9
Insolvenzen .....	+ 3,2	- 7,4	+ 17,4

1) Arbeitstäglich bereinigt.

**Kräftiger Einbruch im Wohnungsbau**

Wesentlichen Einfluss auf das Baugeschehen im Land hat der Wohnungsbau, auf den im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2001 38 % der baugewerblichen Umsätze entfielen. Nachdem der Wohnungsbau zwischen Sommer 1999 und Mitte 2000 zum Teil kräftige Umsatzzuwächse erzielen konnte, kehrte sich der Trend anschließend wieder um. Im vergangenen Jahr verstärkte sich der Abwärtstrend von Quartal zu Quartal. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 2001 nahmen die nominalen Umsätze um 14 % ab. Ein wesentlicher Grund für den außerordentlich starken Rückgang der Wohnungsbauumsätze im vergangenen Jahr dürfte in der Zinsentwicklung zu finden sein. Von Anfang 1999 bis Mitte 2000 legte der Hypothekenzins um 1,6 Prozentpunkte zu, wodurch die Finanzierung erheblich verteuert wurde. Da mit der Errichtung eines neuen Wohngebäudes typischerweise ein längerer Planungsaufwand verbunden ist, schlugen sich die ungünstigeren Finanzierungsbedingungen erst mit zeitlicher Verzögerung im Wohnungsbauvolumen nieder.

Stütze der Baukonjunktur 2001 war der Wirtschaftsbau, dessen nominale Umsätze in den Monaten Januar bis September 2001 gegenüber dem Vorjahr um 7 % zulegten. Auf diese Bausparte entfiel im vergangenen Jahr ein Drittel der baugewerblichen Umsätze. In den beiden Teilsparten Wirtschaftshoch- und -tiefbau war die Entwicklung gegenläufig. Der volumenstarke Wirtschaftshochbau, der überwiegend von einer Gruppe von Kapitalanlegern oder Immobilienfonds finanzierte Mietobjekte erstellt, erhöhte seine Umsätze um 9 %.<sup>4</sup> Demgegenüber schrumpfte der weniger bedeutende Wirtschaftstiefbau um gut 3 %.

Der öffentliche Bau musste im vergangenen Jahr erstmals seit 1998 wieder Umsatzeinbußen hinnehmen. Diese fielen in den ersten drei Quartalen 2001 mit nominal rund - 4 % im Vorjahresvergleich recht deutlich aus. Ausschlaggebend dafür dürften die höheren Sparzwänge der öffentlichen Hand gewesen sein. Denn die öffentlichen Haushalte litten im Jahr 2001 unter Einnahmenausfällen infolge der Steuerreform und der schwachen Konjunktur. Unter den einzelnen Sparten des öffentlichen Baus verzeichnete der öffentliche Tiefbau mit - 4 % die größten Umsatzrückgänge. Zum Aufgabengebiet des öffentlichen Tiefbaus gehören zum Beispiel Arbeiten an der Stadtentwässerung, an Kläranlagen und an Anlagen des ÖPNV. Auf diese Bausparte entfiel im abgelaufenen Jahr rund ein Zehntel der baugewerblichen Umsätze. Während die Erlöse im öffentlichen Hochbau mit - 3 % ebenfalls stark rückläufig waren, war die Entwicklung im Straßenbau bei einem Minus von 1 % vergleichsweise noch am günstigsten. Der Straßenbau war mit einem Anteil von 13 % am baugewerblichen Umsatz 2001 die größte Sparte des öffentlichen Baus.

**Ungünstige Entwicklung bei Insolvenzen und Beschäftigung**

Die schwache Konjunktur führte zusammen mit dem anhaltend starken Strukturwandel in der Baubranche auch im vergangenen Jahr zu einem Anstieg der Insolvenzen. Im Bauhauptgewerbe gingen in den ersten drei Quartalen 2001 über 200 Firmen in Konkurs. Gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen Zuwachs um gut 17 %. Die hohe Zahl an Firmenpleiten und der enorme Kostendruck, dem das Bauhauptgewerbe ausgesetzt ist, ging im Jahr 2001 auch zulasten der Beschäftigung. Zwischen Januar und September 2001 waren im Durchschnitt knapp 6 000 Personen weniger beschäftigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit gingen im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs seit 1995 rund 36 500 Arbeitsplätze verloren.

**Wohnungsbau dürfte in 2002 Talsohle erreichen**

Die Aussichten für die Baukonjunktur im Jahr 2002 unterscheiden sich von Sparte zu Sparte recht deutlich. Im volumenstarken Wohnungsbau deutet die jüngste Entwicklung der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser auf eine Stabilisierung in diesem Segment hin. Dafür sprechen auch die seit Mitte des Jahres 2000 um fast einen Prozentpunkt gefallen Hypothekenzinsen und die anhaltend stabilen Preise für Bauleistungen. Ungünstiger sind dagegen die Perspektiven für den Mietwohnungsbau. Hier drücken negative Effekte infolge der Steuerreform und Mietrechtsänderungen auf die Renditen. Der Wirtschaftsbau dürfte im kommenden Jahr in etwa stagnieren. Für den gewerblichen Hochbau wurden im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2001 rund 4 % weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr. Dabei verhinderte ein kräftiger Zuwachs im ersten Vierteljahr ein deutlich schlechteres Ergebnis. Der gewerbliche Tiefbau könnte im Jahr 2002 dagegen eventuell vom Streckennetzausbau der Deutschen Bahn profitieren, die dafür erhebliche Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung erhalten, bisher aber nur teilweise abgerufen hat. Der öffentliche Bau wird auch im kommenden Jahr wieder schrumpfen. Angesichts der hinter den Erwartungen zurückbleibenden Steuereinnahmen ist damit zu rechnen, dass die öffentliche Hand ihre Ausgaben für Bauinvestitionen kürzen wird. Alles in allem dürfte das Bauhauptgewerbe in 2002 das Umsatzergebnis des Vorjahres knapp verfehlen. Damit wird der Rückgang deutlich geringer ausfallen als im vergangenen Jahr.

<sup>4</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wochenbericht 44/01.

## Beschäftigung

### Beschäftigungsaufbau gerät ins Stocken

Die konjunkturelle Abkühlung der letzten Monate hinterließ auch auf dem hiesigen Arbeitsmarkt deutliche Bremsspuren. So geriet der Beschäftigungsaufbau im Südwesten im Jahr 2001 zunehmend ins Stocken und der seit Mitte 1997 zu beobachtende aufwärts gerichtete Trend der Gesamtbeschäftigung hat sich aufgrund der Konjunkturlaute deutlich abgeflacht. Bei rückläufiger Auftragslage ließ die Einstellungsbereitschaft der Industrie merklich nach und im Baugewerbe setzte sich die bereits im Vorjahr spürbare Abnahme der Beschäftigtenzahl verstärkt fort. Angesichts der trüben Konjunkturaussichten und der sich weltweit verschlechternden Wirtschaftslage dürfte die Beschäftigtenentwicklung hier zu Lande in den kommenden Monaten weiter abgebremst werden.

### Beschäftigungsimpulse aus dem Boomjahr 2000 wirken nach

Die Lage der Beschäftigten im Land hat sich im Jahr 2001 zunächst weiter verbessert. Die im zurückliegenden Jahr von dem dynamischen Wirtschaftswachstum ausgelösten kräftigen Beschäftigungsimpulse hatten dafür gesorgt, dass sich der Personalaufbau in 2001 weiter fortsetzen und zu Beginn des Jahres sogar noch verstärken konnte. Dies bestätigen die Ergebnisse der Fachstatistiken im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Gastgewerbe, wonach sich in diesen Wirtschaftsbereichen am Jahresanfang noch deutliche Beschäftigungszuwächse gegenüber dem Vorjahr ergaben, die jedoch in den letzten Monaten vor allem in der Industrie durch die Schwäche der Konjunktur zusehends nachgaben.

Sowohl im Einzelhandel als auch im Großhandel ergab sich nach dem guten Beschäftigungsjahr 2000 eine erneute Steigerung des Beschäftigungsstands um etwa 2 % im Jahresdurchschnitt. In den Industriebetrieben Baden-Württembergs war in den ersten drei Quartalen 2001 mit einem Plus von rund 19 500 Stellen ein mehr als doppelt so hoher Beschäftigtenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Allerdings hat der Personalaufbau von Quartal zu Quartal merklich an Schwung eingebüßt. Brach-

ten die drei Monate Januar bis März noch ein Beschäftigungsplus von rund 26 000 Personen, so schwächte sich der Anstieg im zweiten Quartal bereits auf 21 000 ab und verlangsamte sich von Juli bis September weiter auf lediglich 11 500 Personen. Im September war nach fünf Jahren erstmals wieder ein spürbarer Rückgang der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vormonat August zu verzeichnen, und zwar um rund 5 000 Personen. Der Beschäftigungsabbau dürfte dabei allerdings in erster Linie eher Ferienaushilfen betroffen haben, deren Arbeitsverträge offenbar zeitlich kürzer befristet als in den Vorjahren waren. Im Oktober 2001 beschäftigte die Südwestindustrie insgesamt knapp 1 270 000 Personen; damit hat sich die Beschäftigtenzahl erneut um gut 6 000 verringert und der Personalabbau weiter verschärft.

Entsprechend der Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung zeigte die Beschäftigungslage in den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ein uneinheitliches Bild. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 2001 war noch ein leicht erhöhter Personalbedarf in der Südwestindustrie zu verzeichnen, binnen Jahresfrist stieg die Beschäftigtenzahl um rund 1,4 % an. Entscheidenden Anteil hieran hatten insbesondere der beschäftigungsstarke Bereich Fahrzeugbau und die zuliefernden Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung, die durchweg mehr Personal benötigten als ein Jahr zuvor. Mit die stärkste Personalaufstockung erfolgte im Bereich Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, in dem die Zahl der tätigen Personen von Januar bis Oktober gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gut 6 000 Personen auf rund 212 500 Personen zunahm. Mittlerweile hat damit mehr als jeder sechste Industriebeschäftigte seinen Arbeitsplatz in dieser Branche, die sich bezüglich ihrer Personalentwicklung im Vergleich der verschiedenen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes im bisherigen Jahresverlauf als besonders konjunkturresistent erwies. Während die gute Auftragslage in den Unternehmen der Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik im Januar noch einen überdurchschnittlich hohen Personalzuwachs von 4,5 % gegenüber dem Vorjahr zuließ, waren im Oktober lediglich noch 0,5 % mehr Personal beschäftigt als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Der Beschäftigtenanstieg erfasste allerdings nicht alle Branchen. So waren vor allem im Textil- und Bekleidungsgewerbe und auch in der Chemischen Industrie ein spürbarer Beschäftigtenrückgang zu verzeichnen. Nach einem Verlust von annähernd 1 700 bzw. etwas über 1 900 Arbeitsplätzen beschäftigten diese Branchen im Südwesten im bisherigen Jahresdurchschnitt noch 39 400 bzw. 57 800 Personen.

Mit der schwächelnden Konjunktur setzte sich in der zweiten Jahreshälfte der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe schließlich branchenweit durch. Gegenüber dem Personalstand im Vorjahr war zwar noch in allen Bereichen ein Plus zu verzeichnen, aber im Vergleich zu den Vormonaten mussten ab Oktober alle Branchen Personal abbauen und in einzelnen Bereichen war bereits im September ein Stellenabbau nicht zu vermeiden.

### Hoch qualifizierte Fachkräfte auch in Konjunkturlaute gefragt

Als Folge der globalen Konjunkturlaute beabsichtigt nach einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) nahezu jedes dritte deutsche Unternehmen im kommenden Jahr Stellen abzubauen, allein Großunternehmen knapp 80 000, so die Herbstumfrage des DIHK. Vor allem Technologiekonzerne reagierten mit massiven Umstrukturierungen und Plä-

Tabelle 3  
**Beschäftigte in Baden-Württemberg seit 1997  
nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereiche	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt .....</b>	<b>- 0,2</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,3</b>
darunter					
Maschinenbau .....	- 1,9	- 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 2,3
Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik .....	- 1,4	+ 1,9	- 0,4	+ 1,6	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung .....	+ 2,3	+ 4,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,3
Fahrzeugbau .....	+ 3,2	+ 6,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,7
Bauhauptgewerbe .....	- 7,3	- 3,3	- 0,5	- 2,1	- 4,9
Gastgewerbe .....	+ 0,1	+ 0,1	- 6,6	- 2,6	+ 3,6
Einzelhandel .....	- 0,6	- 1,3	- 2,6	+ 0,8	+ 1,8
Großhandel .....	- 0,2	- 0,8	- 2,3	+ 1,2	+ 1,9

1) Hochrechnung auf Basis der ersten drei Quartale.

nen zu Personalreduzierungen auf die gegenwärtige Krise, versuchen aber zunächst noch mit flexiblen Instrumenten wie etwa mit dem Abbau von Überstunden, dem Einsatz von Kurzarbeit und Einstellungsstopps Personalkosten zu senken. Unabhängig von der weiteren konjunkturellen Entwicklung dürfte allerdings aufgrund der zunehmenden Verlagerung von einfacher Produktion in Niedriglohnländer insbesondere die Zahl wenig qualifizierter Beschäftigter in der Industrie künftig weiter zurückgehen. Dagegen werden branchenweit selbst in der vorherrschenden Abschwungphase qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure gesucht, deren Perspektiven generell weiterhin als gut eingeschätzt werden können. So ging der Bestand an offenen Stellen in den Branchen Metallerzeugung und -bearbeitung, Maschinenbau sowie im Bereich Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik zwar ebenfalls deutlich zurück, Ende Oktober wurden in diesen Industriezweigen im Südwesten aber noch immer rund 7 400 Stellen angeboten. Offensichtlich haben die Unternehmen aus den Problemen nach der Entlassungswelle bei Ingenieuren Anfang der 90er-Jahre gelernt und versuchen, Personalabbau bei Fachkräften möglichst gering zu halten. Diese Spaltung des Arbeitsmarktes mit noch vergleichsweise guten Chancen für hoch qualifizierte und schlechteren Karten für weniger Qualifizierte ist vor allem in den wirtschaftlich aktiven Regionen spürbar, so auch hier zu Lande, wo sich dementsprechend ein erheblicher Mangel an akademisch geschulten Fachkräften bemerkbar macht.

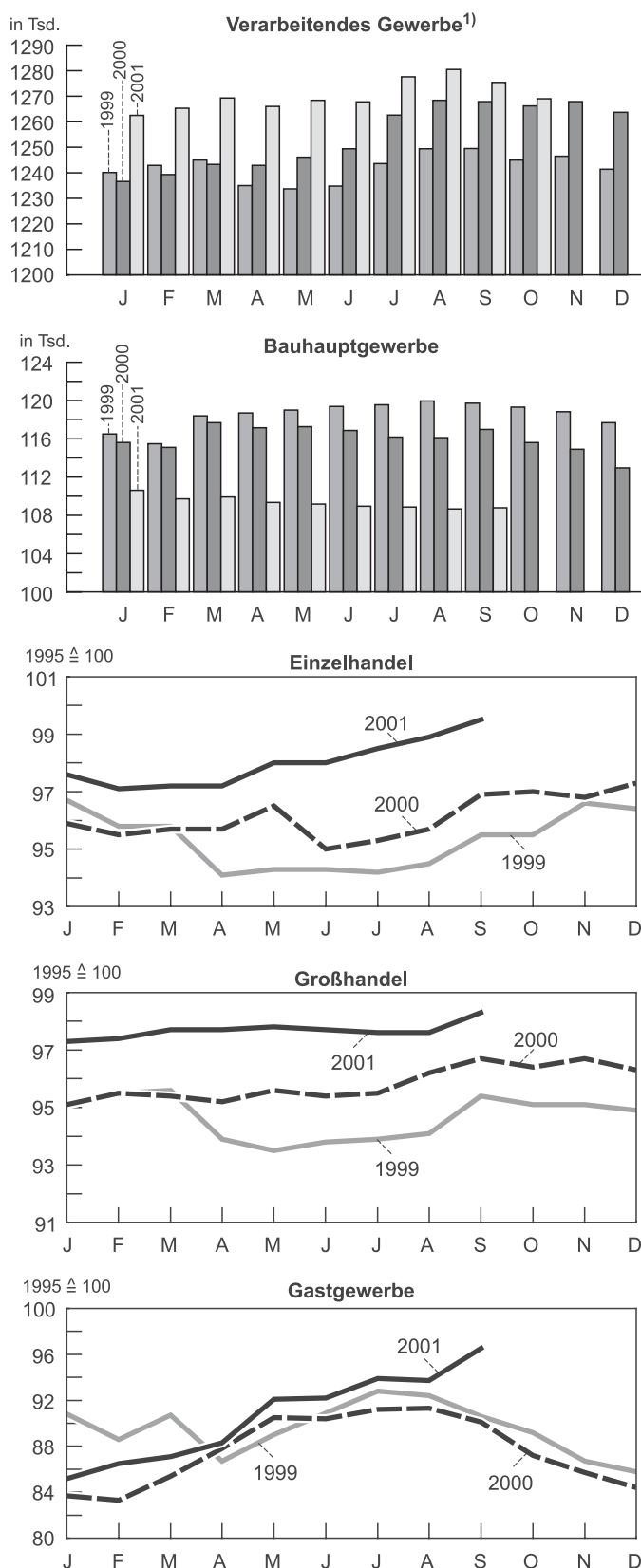
### „Green Card“ steigert Beschäftigung

Auf dem IT-Sektor wird weiterhin nach Spezialisten gesucht, obgleich sich die „Green Card“ bereits als großer Erfolg bestätigt hat. Gut ein Jahr nach In-Kraft-Treten der Green-Card-Verordnung am 1. August 2000 hatten die deutschen Arbeitsämter Ende Oktober 2001 die Zehntausender-Grenze bei der Zusage von Green Cards für ausländische IT-Spezialisten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie überschritten. Auf Baden-Württemberg entfielen rund 20 % der Zulassungen entsprechend der regionalen Verteilung der IT-Branche. Nach einer ersten Befragung der einbezogenen Unternehmen führte die Einstellung eines Green-Card-Spezialisten zu etwa 2,5 weiteren Arbeitsplätzen sowie zur deutlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. So besteht bereits jetzt der Wunsch der überwiegenden Anzahl der Unternehmen, die derzeit auf fünf Jahre befristete Arbeitserlaubnis für Green-Card-Inhaber zu verlängern bzw. ihnen einen unbefristeten Vertrag anzubieten. Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung beschloss das Bundeskabinett Ende Oktober grünes Licht für die zweite Tranche von weiteren 10 000 Green Cards zu geben, da die Nachfrage nach hoch qualifizierten Fachkräften vor allem in der IT-Branche weiter im Inland nicht zu decken sei. So konnten mit der Green Card seit August 2000 der deutschen Wirtschaft mehr IT-Spezialisten zur Verfügung gestellt werden, als die deutschen Hochschulen im gleichen Zeitraum ausgebildet haben. Dabei profitierten nicht vorrangig die Großunternehmen von der Green-Card-Regelung, wie anfangs allgemein befürchtet, sondern mittlere Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten, die rund 60 % der Green-Card-Inhaber einstellten.

### Beschäftigtenminus im Baugewerbe

Eine traurige „Spitzenstellung“ nimmt die Baubranche ein, deren Beschäftigungsbilanz aufgrund der unbefriedigenden Auftragsentwicklung im Jahr 2001 erheblich schlechter ausfiel als im Vorjahr. Dabei zeigte sich die Auftragsentwicklung bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes im ersten Quartal 2001 im

Schaubild 8  
**Beschäftigtenentwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs 1999, 2000 und 2001**



1) Einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

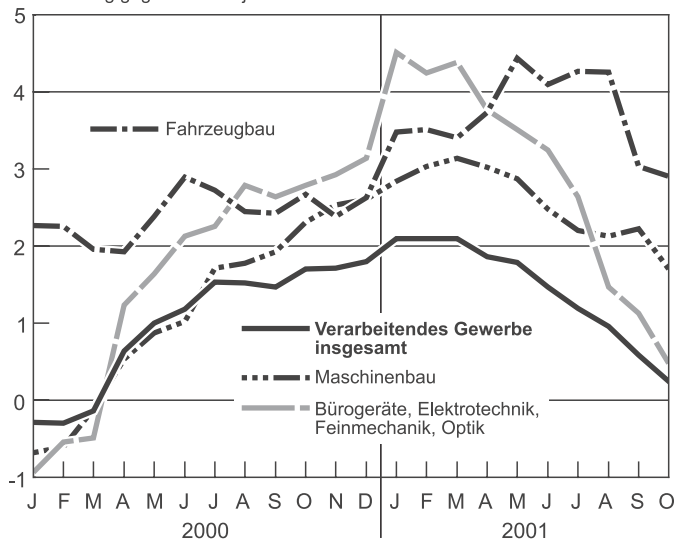
579 01



Schaubild 9

### Beschäftigtenentwicklung in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 2000 und 2001

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

580 01

Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal noch vergleichsweise stabil, war dann im zweiten Quartal aber bereits rückläufig und verlief im dritten Quartal noch deutlich ungünstiger. Im Hochbau brachen die Auftragseingänge um nahezu 10 % ein und im Tiefbau wurden knapp 3 % weniger Aufträge als im Vorjahresquartal verzeichnet. Besonders negativ war das Baugeschehen bisher vom starken Rückgang der Wohnungsbaunachfrage beeinflusst. Nach der bisherigen Entwicklung der Baugenehmigungen in den ersten drei Quartalen werden im Gesamtjahr 2001 kaum mehr als 36 000 Wohnungen zum Bau freigegeben, das niedrigste Genehmigungsergebnis seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg. Der Stellenabbau hat sich somit im Bauhauptgewerbe weiter verschärft. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate wurden über 5 700 Personen weniger beschäftigt, im Jahr 2000 waren von dem Stellenabbau in der Baubranche insgesamt lediglich 2 500 Personen betroffen. Nach gut 2 % Rückgang im Jahr zuvor erhöhte sich damit das Beschäftigungsminus von Januar bis Oktober 2001 auf rund 5 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Nachdem die Auftragslage im Baugewerbe im Gesamtergebnis für das bisherige Jahr 2001 mit einem deutlichen Rückgang der Auftragseingänge von fast 4 % im Vorjahresvergleich nach unten zeigt, dürfte sich an der negativen Beschäftigungssituation vorerst nichts ändern.

#### Stimmungsbarometer im Herbst auf dem Tiefpunkt

Die wirtschaftlichen Folgen der Terroranschläge vom 11. September in den USA und der Gegenangriffe in Afghanistan sowie deren Auswirkungen auf die Situation am Arbeitsmarkt waren zwei Monate nach den Anschlägen immer noch nicht richtig greifbar. Die Arbeitsmarktzahlen und realwirtschaftlichen Indikatoren ließen selbst im November wegen ihres nachlaufenden Charakters noch keine konkreten Aussagen über die Anschlagfolgen zu. Erste Anzeichen gibt es lediglich in einigen der unmittelbar betroffenen Bereiche am Arbeitsmarkt, so in den Sektoren Tou-

risimus und Reiseverkehr. Deutliche Reaktionen zeigen dagegen die Stimmungsbarometer, die derzeit ein denkbar negatives Konjunkturklima widerspiegeln. So erreichte beispielsweise der Geschäftsklimaindex des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), der sich aus den Einschätzungen der Geschäftslage und der Erwartungen zusammensetzt, im Oktober für Westdeutschland seinen niedrigsten Stand seit acht Jahren. Demnach ging vor allem das Vertrauen der westdeutschen Firmen in die Konjunkturentwicklung weiter zurück. Allerdings kann der derzeitige starke Anstieg der Kurzarbeit als ein Indiz dafür gesehen werden, dass nur mit einer vorübergehenden Auftragschwäche gerechnet wird. So fürchten nach der November-Umfrage des Handelsblatt Business-Monitors die befragten Unternehmer mehrheitlich eine merkliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Standortbedingungen in Deutschland und sind im Hinblick auf Investitionen und Beschäftigung äußerst pessimistisch, hoffen allerdings auch im Laufe des Jahres 2002 auf ein Durchschreiten der konjunkturellen Talsohle.

## Arbeitsmarkt

### Arbeitsmarkt im Konjunkturtief

Der allgemeine konjunkturelle Rückschlag im Laufe des Jahres 2001 führte auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt zu merklichen Eintrübungen. Zu Jahresbeginn profitierten die Arbeitnehmer zunächst allerdings noch von dem überaus kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung des Vorjahres. Bei guter Auftragslage und im Umsatzplus führten vor allem Industrie und Dienstleister mit ihrer unvermindert hohen Einstellungsbereitschaft über den Jahreswechsel hinaus zu einem weiteren Anstieg der Gesamtbeschäftigung im Südwesten. Die Signale der wesentlichen Arbeitsmarktkindikatoren standen daher auch noch im ersten Quartal 2001 auf Entlastung: Die Zahl der Arbeitslosen reduzierte sich von Januar bis März 2001 auf durchschnittlich 271 000 (über 12 % oder 37 000 weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres), den Arbeitsverwaltungen wurden rund 90 000 offene Stellen zur Besetzung gemeldet (12 000 mehr als ein Jahr zuvor), und die Zahl der Kurzarbeiter blieb mit knapp 11 200 weiterhin auf niedrigem Niveau. Der in den dynamischen Wachstumsjahren der Südwestwirtschaft im Zeitraum 1997 bis 2000 ausgelöste anhaltend positive Trend auf dem heimischen Arbeitsmarkt konnte sich somit Anfang 2001 vorübergehend fortsetzen, ebte dann aber mit dem Auslaufen der Konjunkturwelle zusehends ab.

### Niedrigster Stand der Arbeitslosigkeit seit gut acht Jahren

Die positiven Monatsmeldungen der Arbeitsämter über weiterhin rückläufige Arbeitslosenzahlen gipfelten in der Juni-Meldung, als die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg auf ihr bisher niedrigstes Niveau seit über acht Jahren unter die Schwelle von 250 000 Arbeitslosen gesunken war. Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich damit im Südwesten spürbar entspannter als im übrigen Bundesgebiet: Im Vergleich zu über 18 % Arbeitslosigkeit im Osten und knapp 8 % im Westen wies Baden-Württemberg mit einer Arbeitslosenquote von lediglich 5,2 %, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, im Juni die mit Abstand niedrigste Arbeitslosigkeit unter allen Bundesländern aus, mehr als 4 ½ Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Die boomende Vorjahreskonjunktur führte somit auf dem hiesigen Arbeitsmarkt zu einem erheblich stärkeren Entlastungseffekt.

Tabelle 4  
**Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 2001**

Datum	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>
	Anzahl			absolute Veränderung gegenüber Vorjahr			%
Januar .....	276 303	7 587	81 383	- 42 121	- 2 609	+ 13 403	5,8
Februar .....	272 677	11 764	91 023	- 37 027	- 223	+ 12 204	5,7
März .....	265 172	14 213	96 001	- 32 852	+ 1 909	+ 10 824	5,6
April .....	260 685	14 590	95 541	- 28 451	+ 4 041	+ 7 377	5,5
Mai .....	253 488	13 387	88 717	- 20 335	+ 3 174	- 2 247	5,2
Juni .....	249 477	15 861	85 196	- 16 541	+ 8 000	- 7 233	5,2
Juli .....	258 820	19 922	85 492	- 12 390	+ 12 995	- 9 368	5,3
August .....	267 444	14 674	82 488	- 9 625	+ 9 964	- 11 441	5,5
September .....	261 098	19 880	77 809	- 5 504	+ 14 784	- 12 679	5,4
Oktober .....	263 309	24 766	71 036	+ 2 929	+ 19 198	- 14 740	5,4
November .....	269 453	32 444	65 171	+ 9 912	+ 26 385	- 17 749	5,6

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

### Trendwende am Arbeitsmarkt?

Bereits im Frühjahr fielen jedoch die von den Arbeitsämtern verzeichneten monatlichen Abnahmen der Arbeitslosenzahlen deutlich geringer aus als sonst um diese Jahreszeit. Der konjunkturelle Aufwind für den Arbeitsmarkt schwächte sich mehr und mehr ab, sodass die Wirtschaftsentwicklung kaum noch zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen konnte. Die zunehmende Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen der rückläufigen Konjunktur spiegelte sich spätestens mit Beginn des zweiten Quartals 2001 in den saisonbereinigten Werten der Arbeitslosenzahlen wider. Die Anzeichen einer sich allmählich wieder abschwächenden Entlastung des Arbeitsmarktes und der beginnenden Eintrübung mehrten sich zusehends. Ab der zweiten Jahreshälfte deutete sich dann eine Trendwende am Arbeitsmarkt an, als nach den bisher anhaltend rückläufigen Arbeitslosenzahlen im Juli ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen war, der deutlich höher ausfiel als die bisher üblichen Juli-Zunahmen in den Jahren zuvor. Vor allem der Quartalskündigungstermin Ende Juni und das Auslaufen befristeter Verträge lassen die Arbeitslosmeldungen zur Jahresmitte hin für gewöhnlich anschnellen, für den überhöhten Anstieg in 2001 war jedoch die verhaltene Einstellungspraxis der Unternehmen aufgrund der Unsicherheit der weiteren Entwicklung der Konjunktur bei rückgängiger Auftragslage und zunehmend geringerer betrieblicher Auslastung ausschlaggebend.

Im weiteren Jahresverlauf 2001 führte die erlahmende Konjunktur zu einer sukzessiven Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation im Südwesten. Zwar lag die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in den bisherigen elf Monaten des Jahres mit rund 263 000 noch um etwa 17 500 unter dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres, jedoch fiel der Abstand zum Vorjahreswert von Monat zu Monat merklich geringer aus. Auch war der Entlastungseffekt im entsprechenden Vorjahreszeitraum mit durchschnittlich annähernd 44 000 Arbeitslosen weniger mehr als doppelt so stark ausgefallen. Wurden im Januar noch rund 42 000 Arbeitslose oder über 13 % weniger gezählt als vor Jahresfrist, so reduzierte sich dieser Wert bis September auf lediglich etwa 2 % bzw. 5 500 Arbeitslose weniger. Im Oktober wurden dann anstatt des zu dieser Jahreszeit für gewöhnlich eher

zu erwartenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit fast 3 000 Arbeitslose mehr verzeichnet als im Herbst zuvor und damit seit Dezember 1997 erstmals wieder ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Einerseits wohl aufgrund jahreszeitlicher Einflüsse, andererseits aber auch wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Abschwächung stieg die Zahl der Arbeitslosen im November weiter an auf insgesamt rund 269 500. Eine ähnlich hohe Zunahme im November hatte es zuletzt im Rezessionsjahr 1993 gegeben. Am Jahresende 2001, das mit vergleichsweise positiven Arbeitsmarktsignalen gestartet war, wurden somit fast 10 000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet als ein Jahr zuvor. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten weiter verschärft.

Im November stieg die Arbeitslosenquote – bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen – hier zu Lande gegenüber ihrem in 2001 erreichten tiefsten Stand von 5,2 % im Mai und Juni um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr 5,6 % an; gefolgt von Bayern mit 6,0 %, hielt der Südwesten aber weiterhin seinen Spitzenplatz unter den Bundesländern. Während so vor allem der Osten Deutschlands mit einer Massenarbeitslosigkeit von rund 19 % beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gegen Ende des dritten Quartals 2001 besonders stark unter dem Konjunkturéinbruch zu leiden hatte, herrschte in einigen Teilen Baden-Württembergs nach wie vor fast Vollbeschäftigung. Bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit handelt es sich vorwiegend um ein strukturelles Problem, das von der aktuellen Konjunkturschwäche noch verschärft wird. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage divergieren sowohl in sektoraler als auch zunehmend in regionaler Hinsicht, insbesondere aber in Bezug auf die geforderte Qualifikation.

### Konjunkturschwäche erhöht Arbeitslosmeldungen bisher Erwerbstätiger

Im Jahresverlauf mehrten sich auch bei weiteren Arbeitsmarktsignalen die Anzeichen eines zunehmenden Abschwungs: Der Zugang an Arbeitslosmeldungen bei der Arbeitsverwaltung hat sich von Januar bis November 2001 gegenüber dem Vorjahr um gut 13 600 Meldungen auf rund 530 000 erhöht. Ein wesent-

licher Anstieg war allerdings erst ab der Jahresmitte zu verzeichnen. Von Juli an stiegen die Zugänge um über 5 % über die Vorjahreswerte. Als deutlichstes Anzeichen einer Abschwächung der Konjunktur ist hierbei insbesondere die Zunahme der Arbeitslosmeldungen der Personen, die bis dahin erwerbstätig waren, zu sehen. Während in der ersten Jahreshälfte lediglich ein Anstieg von rund 3,5 % solcher Zugänge gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verzeichnet wurde, waren es von Juli bis November aber mit fast 126 500 Meldungen bereits über 13 % mehr. Den stärksten Anstieg der Arbeitslosmeldungen bisher Erwerbstätiger gab es vor allem in den besonders konjunktur reagiblen Wirtschaftsbereichen wie dem Verarbeitenden Gewerbe mit + 23 % allein in den vergangenen beiden Monaten September und Oktober. Zu diesem kräftigen Anstieg trugen hier insbesondere die Branchen Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik mit + 40 % bei sowie der Fahrzeugbau und das Textil- und Bekleidungs-gewerbe mit über + 30 % Zuwachs. Das konsum-

nahe Ernährungsgewerbe zeigte sich dagegen verhältnismäßig konjunktur-unabhängig; hier wurde sogar ein Rückgang der Meldungen verzeichnet. Dass der Dienstleistungssektor im Allgemeinen ebenfalls weniger konjunkturanfällig ist, bestätigte sich mit einem nur unterdurchschnittlichen Zuwachs. Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Branchen höchst unterschiedlich. Die eher konsumorientierten arbeitsstarken Bereiche Handel, Gast-gewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung blieben mit + 12 % unter dem Durchschnitt, dagegen verzeichneten die unternehmensnahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie der Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken, von September bis Oktober beträchtliche Zu-nahmen um über + 26 % bzw. + 30 % im Vergleich zum Vorjahr.

### Einstellungsbereitschaft merklich verschlechtert

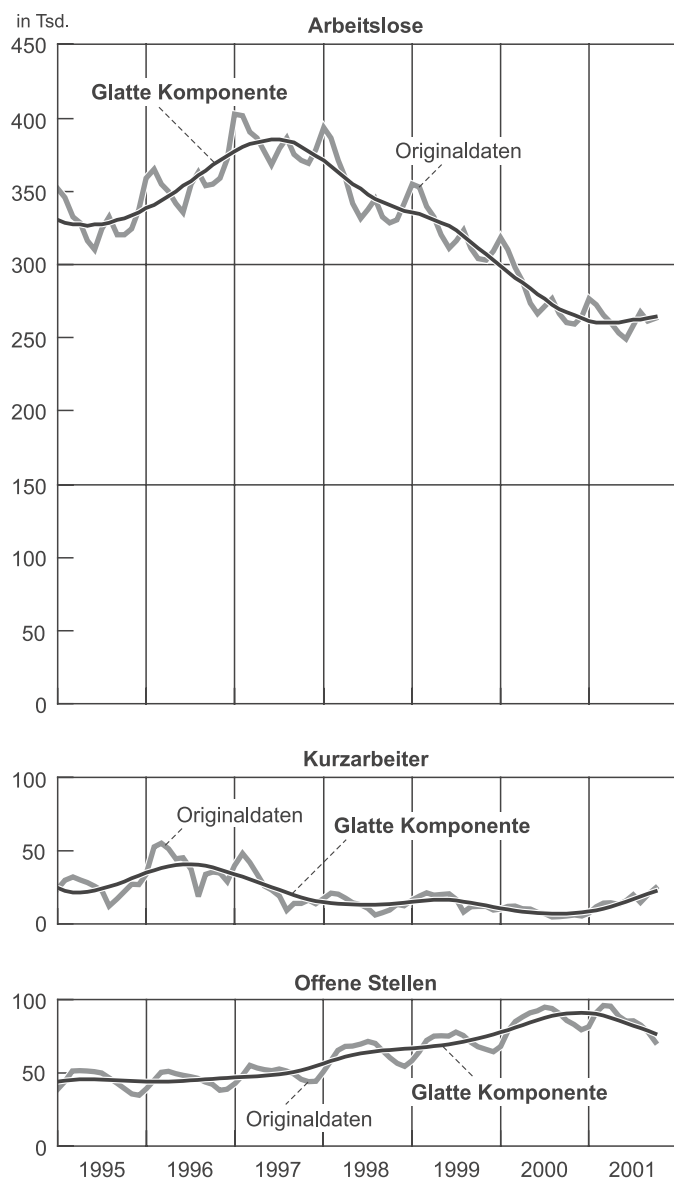
Die aktuelle Konjunkturlage machte sich vor allem auch beim Kräftebedarf bemerkbar. So zeigte die Entwicklung der angebotenen Stellen ein ähnliches Muster wie der Verlauf der Arbeitslosigkeit. Im Zuge der konjunkturellen Erholung kehrte sich im Verlauf des Jahres 2001 der in den zurückliegenden Wachstums-jahren ausgebildete positive Trend des Stellenangebots um. In ihrer Bereitschaft, neues Personal einzustellen, sind die Betriebe und Unternehmen deutlich zurückhaltender geworden. Zwar blieb das an den Arbeitsämtern durchschnittlich verfügbare Stellenangebot in den elf Monaten von Januar bis November 2001 mit knapp 84 000 Stellen nur leicht unter dem seit Anfang der 90er-Jahre überaus hohen Niveau des Hochkonjunkturjahres 2000, die in diesem Zeitraum im Vorjahr erzielte Stellenaus-wei-tung von über 20 % konnte jedoch nicht mehr erreicht werden. Seit Jahresmitte hat sich das Stellenangebot allerdings deutlich reduziert, und zwar bis Ende November im Vergleich zum Vorjahr um fast 18 000 Stellen. Mit dem ebenfalls erheblichen Rückgang der in der gleichen Zeit von den Betrieben und Verwaltungen angebotenen Vermittlungsaufträge um über ein Viertel auf rund 25 000 neue Stellen hat sich die Einstellungs-bereitschaft hier zu Lande merklich verschlechtert.

Korrespondierend zu den Arbeitslosmeldungen reduzierte sich das Angebot an offenen Stellen nach Wirtschaftsbereichen. Am stärksten reagierte auch hier das Verarbeitende Gewerbe auf die rückläufige Auftragslage. Im Vergleich zum Vorjahr wurden den Arbeitsämtern von der Industrie im September und Okto-ber fast 35 % weniger Stellen angeboten. Die größten Abnah-men waren hierbei im Fahrzeugbau mit - 60 % sowie in den wichtigen Branchen Metallherstellung und -bearbeitung, im Be-reich Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe mit über - 37 % zu verzeichnen. Der Dienstleistungsbereich blieb mit 23 % weniger Stellenangebo-ten unter dem Durchschnitt.

### Anstieg der Kurzarbeit bei rückläufiger Auftragslage

Die stetige Zunahme der Kurzarbeit in 2001, die im Boomjahr 2000 auf ihr bisher niedrigstes Niveau seit Anfang der 90er-Jahre gefallen war, ist ein deutlicher Beleg, dass die schwächer ge-wordene Konjunktur den Arbeitsmarkt kräftig beeinflusst hat. Aufgrund der rückläufigen Auftragslage in der Industrie, vor al-lem aber auch in der Baubranche, nahm die Auslastung des vor-handenen Personalbestands deutlich ab. Eine Vielzahl der Be-triebe und Unternehmen reagierte dabei zunächst mit flexiblen Instrumenten der Personalpolitik auf die steigenden Kosten, was sich unter anderem in der starken Zunahme der Anzahl an Kurz-arbeitern äußerte, die sich von Januar bis November im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt mehr als verdoppelt hat. Innerhalb

Schaubild 10  
**Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1995**



Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

der letzten Monate hat sich die Lage weiter verschärft: Im November erhöhte sich die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Vormonat um rund 7 700 auf über 32 400; damit mussten mehr als fünfmal so viele Beschäftigte kurzarbeiten als noch vor Jahresfrist. Zu diesem erneuten Anstieg trugen nahezu alle Wirtschaftszweige bei. Große Zunahmen gab es wiederum in den für Baden-Württemberg wichtigen Branchen Elektrotechnik und Maschinenbau mit inzwischen gut 13 300 bzw. 5 150 Kurzarbeitern, die neben dem Baugewerbe mit 2 350 Kurzarbeitern die höchsten Anteile an der Kurzarbeit stellten. Der höchste Zuwachs zeigte sich im Fahrzeugbau mit einem Plus von über 80 % zum Vormonat, bei allerdings nur knapp über 1 % Anteil an allen Kurzarbeitern. Das Ausweichen der Betriebe auf Kurzarbeit, anstatt sofort Personal abzubauen, spiegelt die zunehmende konjunkturelle Eintrübung wider, ist aber auch ein Indiz der Erwartung einer nur vorübergehenden wirtschaftlichen Schwäche.

Neben der schwachen Konjunktur haben aber auch Einsparungen bei beschäftigungspolitischen Maßnahmen den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. So registrierten die Arbeitsämter in Baden-Württemberg im November 2001 im so genannten zweiten Arbeitsmarkt nur noch rund 20 500 Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung und knapp 2 700 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insgesamt gut 5 100 Personen bzw. rund 18 % weniger als ein Jahr zuvor. Noch im Januar betrugen die Kürzungen an beruflichen Weiterbildungs- und ABM-Maßnahmen lediglich 1 900 Stellen. Die Förderung beruflicher Bildung verlor damit im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr merklich an Gewicht.

## 2002 bleiben konjunkturelle Arbeitsmarktimpulse aus

Mit einer Abschwächung des im Frühjahr 2001 einsetzenden Negativtrends am baden-württembergischen Arbeitsmarkt kann aufgrund des sich verschlechternden konjunkturellen Umfelds nicht mehr gerechnet werden. Bis zum Jahresende dürfte die Zahl der Arbeitslosen daher auf annähernd 272 000 ansteigen und im Jahresdurchschnitt rund 264 000 erreichen. Von der für 2002 prognostizierten konjunkturellen Entwicklung, die mit rund 1 % gesamtwirtschaftlichem Wachstum etwa gleich ausfallen dürfte als in 2001, können keine verstärkten beschäftigungswirksamen Impulse erwartet werden. Offen bleibt, ob das am 1. Januar 2002 in Kraft tretende „Job-Aktiv-Gesetz“, mit dem die Arbeitsämter ab Beginn des nächsten Jahres gemeinsam mit Langzeitarbeitslosen Eingliederungsvereinbarungen zur besseren Berücksichtigung ihrer individuellen Erfordernisse und der Beschäftigungschancen auf dem jeweiligen regionalen Arbeitsmarkt abschließen sollen, zu einer deutlichen Entspannung der Arbeitsmarktlage im kommenden Jahr führen wird.

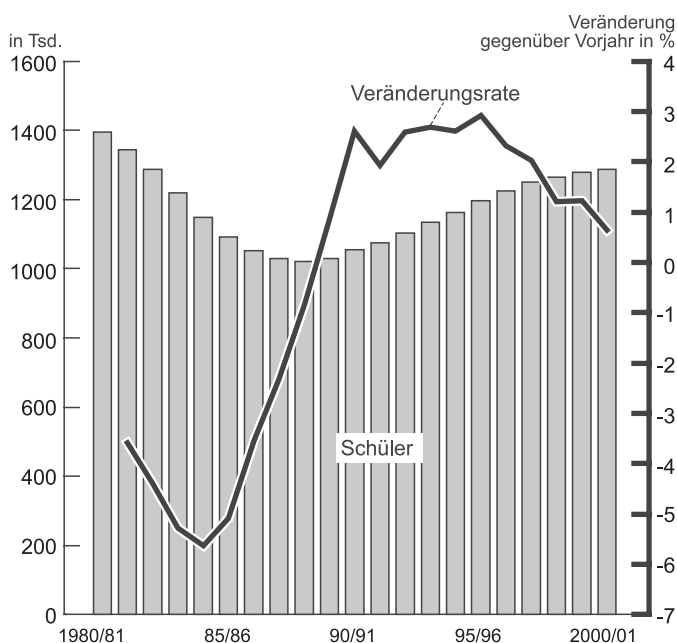
## Bildungswesen

### Anstieg der Schülerzahl schwächt sich ab

Im Schuljahr 2000/01 besuchten knapp 1,3 Mill. Schüler die öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg. Damit lag die Gesamtzahl der Schüler um knapp 1 % über dem Niveau des Schuljahres 1999/00.

Die Entwicklung der Einschulungszahlen und erste Ergebnisse der Schulstatistik des laufenden Schuljahres deuten darauf hin, dass sich die Zunahme der gesamten Schülerzahl im laufenden

Schaubild 11  
**Schüler in Baden-Württemberg seit 1980/81**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

573 01

Schuljahr 2001/02 weiter verringert hat. Die Zahl der Erstklässler an öffentlichen und privaten Schulen sank gegenüber dem Vorjahr auf unter 117 000. Damit hält der Trend rückläufiger Einschulungszahlen an. Seit dem Schuljahr 1997/98, als fast 130 000 Schulanfänger gezählt wurden, sinkt die Zahl der Erstklässler bedingt durch den Geburtenrückgang kontinuierlich ab.

An den Grundschulen des Landes gingen die Schülerzahlen bereits im Schuljahr 2000/01 zum zweiten Mal in Folge zurück. Mit 477 000 Schülern lag die Zahl der Schüler um knapp 2 % unter dem Niveau des Schuljahres 1999/2000. Die weiterführenden Schulen und Sonderschulen in Baden-Württemberg konnten im Schuljahr 2000/01 dagegen noch einen Anstieg um 2 % auf gut 810 000 verzeichnen. Vor allem an Realschulen und Gymnasien hielt der Wachstumstrend der 90er-Jahre unvermindert an. Die Schülerzahl in den Realschulen stieg um 3 % und erreichte knapp 230 000, an den Gymnasien erhöhte sich ihre Zahl um gut 2 % auf 293 000. Lediglich bei den Hauptschulen kam der Zuwachs fast zum Erliegen. Hier stieg die Schülerzahl nur noch um knapp 1 % auf gut 211 000. Damit bestätigte sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend gegen diesen Schultypus, von dem in der Vergangenheit vor allem die Realschulen profitierten. Bereits in den 90er-Jahren waren die jährlichen Zuwachsraten der Hauptschulen im Durchschnitt nur halb so hoch gewesen wie die der Realschulen.

Die steigenden Schülerzahlen in Realschulen und Gymnasien haben dazu geführt, dass sich die Unterrichtsverhältnisse an den öffentlichen Schulen deutlich verschlechtert haben. Im Vergleich zum Schuljahr 1990/91 lag die Relation der erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an Realschulen im vergangenen Schuljahr um fast 18 % niedriger, an Gymnasien betrug der Rückgang 16 %. An den Grund- und Hauptschulen fiel die Abnahme dagegen mit knapp 7 % vergleichsweise gering aus.

## Entspannung am Lehrstellenmarkt

Gut 386 000 Schüler besuchten im Schuljahr 2000/01 die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Dies waren 2 % mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Damit hielt die Zunahme der Schülerzahlen, die Mitte der 90er-Jahre eingesetzt hatte, unvermindert an. Das Niveau der 80er-Jahre, als die durchschnittliche Schülerzahl bei 430 000 lag, wurde jedoch noch nicht wieder erreicht.

Mit einem Anteil von knapp 58 % besuchten die meisten Schüler eine Berufsschule. Hier wird – überwiegend in Teilzeitunterricht und in Verbindung mit einer betrieblichen Ausbildung – berufliches Grundwissen vermittelt. Auf die Berufsfachschulen und die Berufskollegs, in denen die Schüler in Vollzeitunterricht berufsvorbereitende oder berufliche Qualifikationen erwerben, entfielen 24 %, auf die Beruflichen Gymnasien 10 % der Schüler an beruflichen Schulen.

Von den Betrieben wurden für das Jahr 2000 insgesamt 206 000 Auszubildende gemeldet. Ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr um knapp 3 % zugenommen. Die damit verbundene Entspannung am Lehrstellenmarkt hat sich auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Wie das Landesarbeitsamt berichtet, hat im Beratungsjahr 2000/01, das im September 2001 zu Ende gegangen ist, das Lehrstellenangebot sogar erstmals seit 1995 die Zahl der Bewerber überschritten. Am Ende des Beratungsjahres waren noch knapp 4 900 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet. Vor allem im Bereich der Metallberufe, der Ernährungs- und Bauberufe, der kaufmännischen Berufe und der Berufe im Gastgewerbe waren noch Lehrstellen unbesetzt. Diesem Angebot standen knapp 700 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber.

## Zahl der Studierenden steigt weiter

Im zurückliegenden Wintersemester 2000/01 waren 194 000 Studierende an den Hochschulen Baden-Württembergs immatrikuliert. Gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester 1999/2000 hatte sich die Zahl der Studentinnen und Studenten um gut 3 % erhöht. Zum aktuellen Wintersemester 2001/02 nahm ihre Zahl nochmals erheblich zu. Nach vorläufigen Ergebnissen

liegt sie mit 205 000 Studierenden fast 6 % über dem Vorjahresniveau. Der seit dem Wintersemester 1998/99 zu beobachtende Anstieg hat sich damit sogar beschleunigt. Allerdings liegt die Zahl der Hochschüler nach wie vor unter dem Höchststand von knapp 232 000, der im Wintersemester 1994/95 erreicht worden war.

Die Zunahme der Studierendenzahl scheint in erster Linie auf einen deutlichen Anstieg der Studierneigung zu beruhen. Die Zahl der Studierenden im ersten Hochschulsesemester hat in den letzten drei Jahren jeweils zum Wintersemester den Vorjahreswert um durchschnittlich 11 % überschritten und beträgt im laufenden Wintersemester 39 000. Besonders bei jungen Frauen stieg die Bereitschaft, ein Studium aufzunehmen, stark an, sodass sich der Anstieg des Frauenanteils unter den Studierenden fortsetzte. Hatte er noch im Wintersemester 1990/91 lediglich 37 % betragen, so erreicht er im Wintersemester 2001/02 45 %.

Trotz der zunehmenden Studierneigung unterscheidet sich die Fächerwahl der Studienanfänger nur geringfügig von dem Wahlverhalten zu Beginn der 90er-Jahre. Dies verdeutlicht die Zusammensetzung der Studierenden im ersten Fachsemester. Zwar stieg im Fachbereich Mathematik und Naturwissenschaften die Zahl der Studienanfänger in den Wintersemestern 1999/00 und 2000/01 um durchschnittlich 20 %, wie im Wintersemester 1990/91 lag der Anteil dieses Fachbereichs an der Gesamtzahl der Studienanfänger im letzten Wintersemester aber bei 21 %. Ähnliches gilt, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen, für den Fachbereich Sprach- und Kulturwissenschaften. Hier lag die mittlere Zunahme der Erstsemesterzahl mit 7 % zwar deutlich unter dem Durchschnitt, der Anteil an der Gesamtzahl der Studienanfänger betrug jedoch wie zu Beginn der 90er-Jahre 22 %.

Sehr viel geringer als vor einem Jahrzehnt war im Wintersemester 2000/01 jedoch die Bereitschaft, ein Lehramtsstudium aufzunehmen. Zwar hat sich auch hier die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester in den letzten beiden Jahren zum Wintersemester um durchschnittlich 11 % erhöht, aber der Anteil an der Gesamtzahl der Studienanfänger betrug lediglich 10 %. Im Wintersemester 1990/91 hatte er noch 14 % erreicht.

## Bildungsausgaben des Landes steigen deutlich

Aufgrund ihrer hohen Bedeutung als Standortfaktor erweist sich die Bildung immer mehr als eines der zentralen Felder der Landespolitik. Dieser Bedeutungsgewinn lässt sich unter anderem am zunehmenden Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben der Landesregierung ablesen. Im Haushaltsplan 2001 entfallen mit 16 Mrd. DM knapp 27 % der geplanten Ausgaben auf die Bildung. Seit 1998, als der Anteil mit gut 22 % sein Minimum erreicht hatte, ist damit eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Allerdings bleibt auch der für das vergangene Jahr geplante Anteil hinter den Spitzenwerten der frühen 80er-Jahre zurück. So entfielen 1980 knapp 30 % der Gesamtausgaben auf das Bildungswesen.

Ob sich eine vergleichbare Steigerung der Bildungsausgaben wie im Landeshaushalt auch bei den Gemeinden im Land ergibt, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen, da lediglich Daten bis 1999 vorliegen. Damals erreichten die Bildungsausgaben, die einen Umfang von 3,8 Mrd. besaßen, mit knapp 6 % ihren bislang geringsten Anteil an den Gesamtausgaben. Da die Finanzsituation der Gemeinden zum Teil sehr angespannt ist, dürfte eine überproportionale Steigerung der Bildungsausgaben wie im Landeshaushalt schwierig sein.

Tabelle 5

### Studierende im ersten Fachsemester an den Hochschulen in Baden-Württemberg 1990/91 und 2000/01 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Anteil der Studierenden		Jahresdurchschnittliche Veränderung 2000/01 gegenüber 1998/99
	2000/01	1990/91	
	%		
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	21,6	21,7	+ 7,3
Sport .....	0,8	1,5	+ 9,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften .....	29,2	28,1	+ 8,7
Mathematik, Naturwissenschaften ...	22,4	21,4	+ 19,7
Humanmedizin .....	3,5	2,7	+ 9,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften .....	1,7	2,3	+ 2,7
Ingenieurwissenschaften .....	17,3	17,4	+ 9,0
Kunst, Kunstwissenschaften .....	3,5	4,6	- 3,8
<b>Zusammen .....</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>+ 10,0</b>



## Bevölkerung

### Zuwanderung bestimmt Bevölkerungsentwicklung

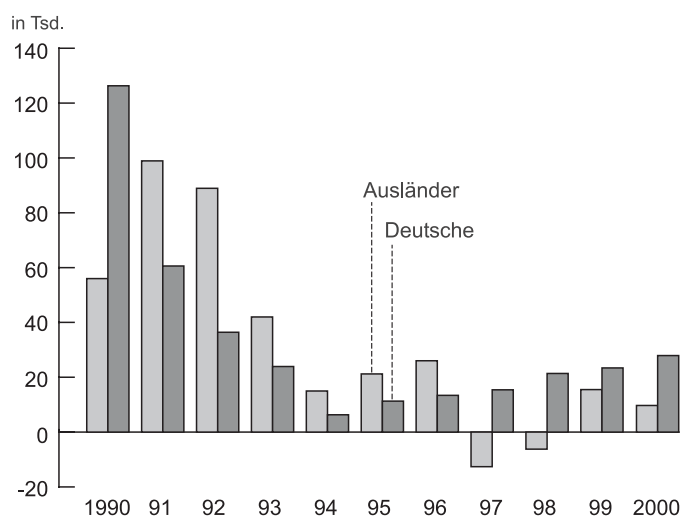
Zum Ende des Jahres 2000 betrug die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg 10,524 Mill. Personen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Bevölkerung um 48 500 Personen zu. Damit erreichte der Bevölkerungszuwachs die gleiche Größenordnung wie im Vorjahr. Gegenüber 1997, als mit einer Zunahme um 22 000 Personen das geringste Bevölkerungswachstum der 90er-Jahre zu registrieren war, ergab sich sogar eine Verdoppelung. Trotzdem blieb die Steigerung erheblich hinter den Anfang der 90er-Jahre erreichten Spitzenwerten zurück. Im Jahr 1990 hatte sich etwa die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs aufgrund massiver Zuwanderung um 203 000 erhöht.

Auch im Jahr 2000 ging mit einem Anteil von 78 % der größte Teil der Bevölkerungszunahme auf die Zuwanderung zurück. Mit einem Umfang von 38 000 Personen übertraf der Wanderungssaldo den Durchschnittswert der Jahre 1995 bis 1999 in Höhe von 25 800 beträchtlich. Die Erhöhung des Wanderungssaldos geht sowohl auf einen Wiederanstieg der Zuzüge als auch auf die Abnahme der Fortzüge seit 1997 zurück. Die endgültige Überwindung der Wirtschaftskrise, die in der ersten Hälfte der 90er-Jahre eingesetzt hatte, trug zu dieser Entwicklung maßgeblich bei.

Vor allem an der deutschen Bevölkerung lässt sich der Einfluss der wirtschaftlichen Situation auf das Wanderungsverhalten gut beobachten. Im Jahr 1994 hatte die Zuwanderung von Bundesbürgern mit einem Saldo von 6 300 Personen ihren Tiefpunkt erreicht. Zusammen mit 1993 war dies das Jahr, in dem der stärkste Beschäftigungsabbau stattfand. Mit der Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung ging dann vor allem die Abwanderung massiv zurück. Der Rückgang war so stark, dass sich trotz einer tendenziell ebenfalls rückläufigen Zuwanderung ein steigender Wanderungssaldo ergab. Bis zum Jahr 2000 hatte sich der Saldo mit 28 000 Personen gegenüber 1994 mehr als vervierfacht.

Bei den Ausländern wurde nach Wanderungsverlusten in den beiden Jahren zuvor erst 1999 wieder ein positiver Wanderungs-

Schaubild 12  
**Wanderungssalden der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg seit 1990**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

586 01

Tabelle 6

**Bevölkerungsbilanz in Baden-Württemberg seit 1990**

Jahr	Geburten- überschuss	Wanderungs- saldo	Bevölkerungs- zunahme	Bevölkerung am Jahresende
	1 000			
1990 .....	21,0	182,3	203,3	9 822,0
1991 .....	20,4	159,4	179,8	10 001,8
1992 .....	21,6	125,3	146,9	10 148,7
1993 .....	19,4	65,9	85,3	10 234,0
1994 .....	16,8	21,3	38,0	10 272,1
1995 .....	14,7	32,6	47,3	10 319,4
1996 .....	15,7	39,4	55,1	10 374,5
1997 .....	19,3	2,9	22,1	10 396,6
1998 .....	14,2	15,2	29,4	10 426,0
1999 .....	11,0	38,9	49,9	10 475,9
2000 .....	10,8	37,6	48,5	10 524,4 <sup>1)</sup>

1) Vorläufiger Wert.

saldo erreicht. Mit 9 700 Personen lag er aber auch im Jahr 2000 erheblich unter dem Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung. Da im Vorjahr der Zuzug von Ausländern per saldo noch 15 500 betragen hatte, sank der Anteil der Ausländer am gesamten Wanderungsvolumen von knapp 40 % auf 26 %.

### Rückgang der Zuwanderung aus dem Ausland

In der regionalen Verteilung der Wanderung ergaben sich im Jahr 2000 erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Während 1999 der Wanderungsüberschuss gegenüber dem Ausland noch 30 300 Personen betragen hatte, erreichte er im vergangenen Jahr nur noch ein Volumen von 11 100 Personen. Sein Anteil am gesamten Wanderungssaldo ging damit von 78 % auf knapp 30 % zurück.

Aber auch zwischen den Regionen im Ausland gab es beträchtliche Gewichtsverlagerungen. Zwar blieb der Wanderungsüberschuss gegenüber dem außereuropäischen Ausland mit 13 400 Personen nahezu konstant, gegenüber dem europäischen Ausland nahm der Saldo aber von 18 000 im Jahr 1999 auf - 2 000 im darauf folgenden Jahr ab. Diese Änderung ging vor allem auf die verstärkten Rückwanderungen nach Jugoslawien und den gesunkenen Zustrom aus Russland zurück. Mit dem Ende des Kosovokonfliktes kehrte sich der Wanderungsüberschuss gegenüber Jugoslawien von 6 600 Personen in ein Defizit von 15 400 Personen um. Der Wanderungsüberschuss gegenüber Russland sank von 10 500 auf 5 400, der aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zusammen halbierte sich nahezu von 23 300 auf 12 600 Personen. Allerdings ist diese Abnahme in erster Linie auf eine Verfahrensänderung in der Erfassung der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen, sodass es wieder zu einem Anstieg des Saldos kommen dürfte.

### Stärkste Zuwanderung aus den neuen Bundesländern

Gegenüber den anderen Bundesländern ergaben sich im Jahr 2000 ebenfalls gravierende Veränderungen – sowohl was die absolute Höhe des Wanderungssaldos angeht als auch in Bezug

auf seine regionale Struktur. Die Gesamthöhe des Wanderungsüberschusses verdreifachte sich von 8 600 auf 26 500 Personen. Dabei veränderte sich der Saldo gegenüber den alten Bundesländern besonders stark. Während es 1999 noch zur effektiven Abwanderung von 2 700 Personen in das übrige frühere Bundesgebiet kam, fand im Jahr 2000 per saldo eine Zuwanderung in Höhe von 8 600 Personen statt. Der Löwenanteil des Wanderungsüberschusses entfiel dabei auf die Nettozuwanderungen aus Niedersachsen mit 8 700 Personen, erst mit deutlichem Abstand folgte Nordrhein-Westfalen als Herkunftsland mit 2 400 Personen.

Im Hinblick auf die Gesamthöhe der Zuwanderung übertrafen aber auch im Jahr 2000 die neuen Bundesländer die alten erheblich. Betrug der Zuzug aus den neuen Bundesländern 1999 per saldo noch 11 300, so erhöhte er sich im darauf folgenden Jahr auf 17 900 Personen. Die meisten Zuzügler kamen dabei mit 7 200 aus Sachsen. An zweiter Stelle stand Sachsen-Anhalt mit 2 900. Während es im früheren Bundesgebiet auch Länder gab, gegenüber denen Baden-Württemberg ein Wanderungsdefizit aufwies – zu Bayern betrug es 3 100 Personen –, traten gegenüber den neuen Bundesländern (ohne Berlin) ausschließlich Wanderungsüberschüsse auf.

### **Geburtenüberschuss rückläufig**

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung, deren Saldo aus Geburten und Sterbefällen im Geburtendefizit oder -überschuss zum Ausdruck kommt, beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung in weitaus geringerem Maße als die Zuwanderung. So betrug ihr Anteil an der gesamten Veränderung der Bevölkerungszahl im Durchschnitt der 90er-Jahre nur knapp ein Drittel. Da außerdem Veränderungen hier sehr langsam ablaufen, sind starke und kurzfristige Schwankungen, wie sie bei der Zuwanderung auftreten, nahezu ausgeschlossen.

Der Geburtenüberschuss in der Gesamtbevölkerung nimmt seit Anfang der 90er-Jahre kontinuierlich ab und halbierte sich bis zum Jahr 2000 von gut 21 000 auf nur noch 10 800. Für diesen Rückgang war die Geburtenentwicklung ausschlaggebend. Während die Zahl der Lebendgeborenen seit 1990 beständig sank, blieb die Zahl der Sterbefälle mit durchschnittlich 96 000 verhältnismäßig konstant.

### **Einbürgerung lässt Zahl der Ausländer sinken**

Im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr wies die deutsche Bevölkerung wieder einen Geburtenüberschuss von 4 600 auf. Allerdings ist diese Entwicklung nur dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht zu verdanken, durch das knapp 7 500 Kinder ausländischer Eltern per Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Ohne diese Kinder wäre das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung nur wenig geringer ausgefallen als im Vorjahr.

Entsprechend verminderte sich der Geburtenüberschuss in der ausländischen Bevölkerung. Hatte er 1999 noch 14 300 betragen, so halbierte er sich im Folgejahr und lag nur noch bei 6 200. Obwohl in der ausländischen Bevölkerung neben dem Geburtenüberschuss auch mit 9 700 Personen ein Wanderungsüberschuss erreicht wurde, nahm die Zahl der Ausländer in Baden-Württemberg um 21 000 Personen ab und betrug im Jahr 2000 noch 1 284 000. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war wiederum das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das Einbürgerungen erleichtert. Im Jahr 2000 ließen sich 37 000 Ausländer in Baden-

Württemberg einbürgern und trugen damit maßgeblich zum zahlenmäßigen Anstieg der deutschen Bevölkerung um 69 500 auf 9,24 Mill. Personen bei.

### **Anteil der Älteren steigt unaufhaltsam**

Die Verschiebungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen wird allerdings nichts daran ändern, dass in Zukunft mit einer weiteren Abschwächung des Bevölkerungswachstums zu rechnen ist. Nach der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung der statistischen Ämter wird in Baden-Württemberg um die Mitte dieses Jahrzehnts die maximale Einwohnerzahl mit rund 10,55 Mill. Menschen erreicht werden.<sup>5</sup> Zwar ließe sich durch eine massive Erhöhung der Zuwanderung das Einsetzen des Bevölkerungsrückgangs hinauszögern, langfristig ist er jedoch realistischere Weise unvermeidlich. Bei einer moderaten Zuwanderung dürfte die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030 mit 10 Mill. unter den heutigen Stand gefallen sein.

Weitaus gravierendere Wirkungen als die Entwicklung der Gesamtzahl der Einwohner hat die Veränderung der Altersstruktur. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft stellt die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen. Ende des vergangenen Jahrzehnts bereits wiesen die Jüngeren und die Älteren nahezu den gleichen Anteil an der Gesamtbevölkerung auf. Der Anteil der unter 20-Jährigen betrug 22 %, der Anteil der 60-Jährigen und Älteren lag mit 21 % nur wenig darunter. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts kehrt sich dieses Zahlenverhältnis um. Bis zum Jahr 2010 wird der Anteil der Jugendlichen auf 20 % sinken und der Anteil der Älteren auf 25 % steigen. Um das Jahr 2030 wird sogar jeder dritte Bürger des Landes über 60 Jahre alt sein.

## **Einkommen und Sozialhilfe**

### **Arbeitnehmerentgelte wachsen langsamer**

Im Jahr 2000 erreichten die Arbeitnehmerentgelte, die in Baden-Württemberg erzielt wurden, eine Größenordnung von 309,4 Mrd. DM. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um 4 % zu. Für das vergangene Jahr liegen noch keine Länderdaten vor, doch es ist zu erwarten, dass die Arbeitnehmerentgelte 2001 deutlich geringer zulegen. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Arbeitnehmerentgelte in der ersten Hälfte des Jahres 2001 nominal um gut 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.<sup>6</sup> Das Wachstum schwächte sich um einen halben Prozentpunkt gegenüber der Steigerungsrate im ersten Halbjahr 2000 ab. Für das Gesamtjahr ist aufgrund der ungünstigen Konjunkturentwicklung ein weiterer Rückgang zu erwarten, sodass insgesamt die Zunahme der Arbeitnehmerentgelte unter 2 % bleibt. In Anlehnung an den Wachstumsvorsprung beim Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2001 dürften die Arbeitnehmerentgelte in Baden-Württemberg allerdings knapp einen Prozentpunkt stärker gewachsen sein als im Bundesdurchschnitt.

<sup>5</sup> Vgl. Cornelius, I.: Zur Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 95-102.

<sup>6</sup> Vgl. Essig, H./ Hartmann, N. et al.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2001, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/2001, S. 703-729.

## Bruttolöhne wachsen im Produzierenden Gewerbe am stärksten

Die Arbeitnehmerentgelte setzen sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialabgaben der Arbeitgeber zusammen. Im gesamten Bundesgebiet nahmen die Bruttolöhne in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres um knapp 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu und stiegen damit etwas stärker als die Arbeitnehmerentgelte. Diese Konstellation, die bereits im Jahr 2000 zu beobachten war, wurde durch die erneute Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung möglich. Da sich in den letzten fünf Jahren die Bruttolöhne in Baden-Württemberg regelmäßig etwas stärker erhöhten als im Bund, kann davon ausgegangen werden, dass die Zunahme im Land geringfügig über der 3%-Marke lag. Auch wenn sich dieses Wachstum bis zum Jahresende verlangsamt hat, dürfte die nominale Zunahme der Bruttolöhne in 2001 die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der 90er-Jahre von gut 2 % erreicht haben.

Die Unterschiede in den Veränderungsraten der Bruttolöhne zwischen Baden-Württemberg und dem Bund ebnen sich ein, wenn man die Wachstumsrate der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer betrachtet. Wie im Bund dürfte sie im Land gut 2 % erreicht haben. Damit hat sich die Zunahme gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 etwas beschleunigt, was vor allem auf die stagnierende Beschäftigung im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. In Baden-Württemberg haben die Bruttolöhne je Arbeitnehmer den Vorjahreswert von 53 000 DM damit deutlich übertroffen. Allerdings ergab sich daraus erneut kein realer Zuwachs, da die Verbraucherpreise vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres noch stärker wuchsen als die Bruttolöhne.

Den stärksten Beitrag zur nominalen Steigerung der Bruttolöhne je Arbeitnehmer hat auch im vergangenen Jahr das Produzierende Gewerbe geleistet. Im Bund wurde in diesem Wirtschaftsbereich – allerdings ohne das Baugewerbe – eine Steigerungsrate von 3 % erreicht. Die übrigen Wirtschaftsbereiche verzeichneten lediglich eine Zunahme um knapp 2 %. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich zwar die Höhe der Wachstumsraten ver-

ringert haben, die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bestand aber sicher weiter. Geht man für Baden-Württemberg von einer ähnlichen Entwicklung aus, dann war auch in 2001 das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) der Wirtschaftsbereich im Land, in dem nicht nur die höchsten Bruttolöhne erzielt wurden, sondern wo sie auch am stärksten stiegen. Der Einkommensunterschied zu den übrigen Branchen hat sich damit weiter vergrößert. Im Jahr 2000 lagen die Bruttolöhne je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe mit 66 000 DM an der Spitze. Erst mit deutlichem Abstand folgten der Finanzsektor und die unternehmensbezogenen Dienstleister mit knapp 54 000 DM. In den übrigen Wirtschaftsbereichen lagen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer zum Teil deutlich unter 50 000 DM.

## Nettolöhne nehmen stärker zu als Bruttolöhne

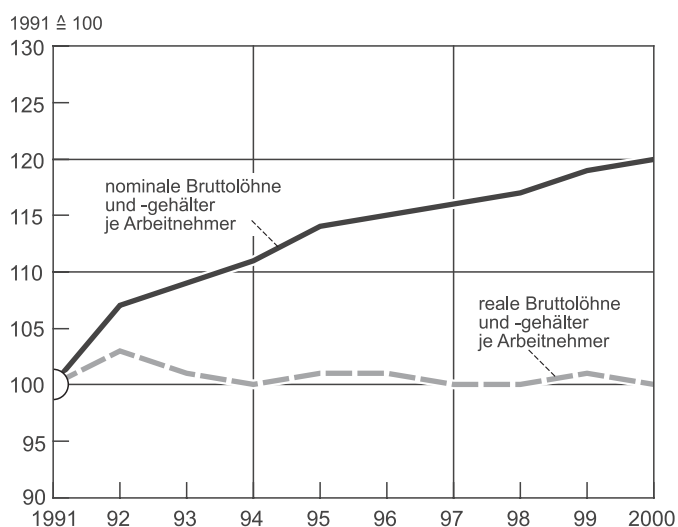
Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ab, dann erhält man die Nettoeinkommen. Im Bund stiegen die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres nominal um gut 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ihre Zunahme lag damit um einen Prozentpunkt über der Steigerungsrate der Bruttolöhne je Arbeitnehmer. Ermöglicht wurde dieser Wachstumsvorsprung durch die Verringerung der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Eine erst für 2002 vorgesehene Stufe des Steuerentlastungsgesetzes wurde um ein Jahr auf den 1. Januar 2001 vorgezogen. Dabei wurden u.a. der Eingangs- und Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer abgesenkt und der Grundfreibetrag erhöht. Allerdings dürfte im weiteren Jahresverlauf der Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge der Wirkung der Steuererleichterung entgegengewirkt haben.

## Verfügbares Einkommen real kaum gestiegen

Für die Nachfrageentwicklung in der Wirtschaft ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte von entscheidender Bedeutung. In dieser Größe sind die Nettolöhne und -gehälter mit einem Gewicht von gut zwei Fünfteln die größte Komponente. Daneben fließen die Selbstständigeinkommen, die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und monetäre Sozialleistungen wie Renten und Pensionen ein. Im Bund hat das verfügbare Einkommen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres nominal um knapp 4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen, wobei sich die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen als die am stärksten wachsende Komponente erwiesen. Da hier aber die schwache Entwicklung der Kapitaleinkommen die Zunahme im weiteren Jahresverlauf drosselte, hat das gesamte verfügbare Einkommen die Steigerungsrate des Vorjahres von knapp 3 % vermutlich nicht wieder erreicht. Entsprechendes gilt für Baden-Württemberg, da das verfügbare Einkommen im Land seit Mitte der 90er-Jahre im Durchschnitt nur wenig stärker zunahm als im Bund.

In Anbetracht der hohen Preissteigerung im vergangenen Jahr kann für das verfügbare Einkommen bestenfalls von einer geringfügigen realen Erhöhung ausgegangen werden. Ähnliches gilt für den privaten Konsum. Hier wurde im Bundesdurchschnitt eine reale Erhöhung von gut 1 % im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum festgestellt. Im ersten Halbjahr 2000 lag die Steigerungsrate noch um einen Prozentpunkt höher. Die Ursache für diese Abnahme liegt wiederum bei den hohen Preissteigerungen im vergangenen Jahr. Diese haben zwar

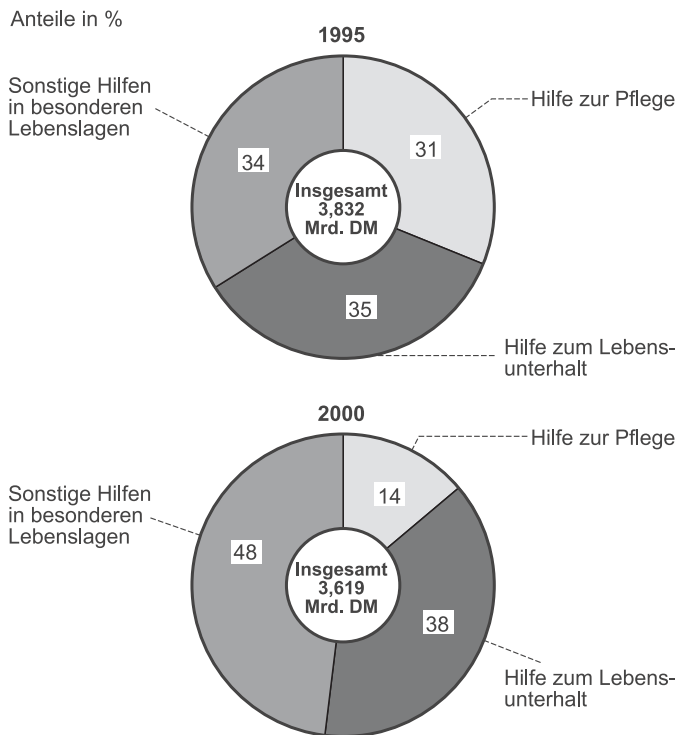
Schaubild 13  
**Bruttoverdienste je Arbeitnehmer in Baden-Württemberg seit 1991**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

575 01

Schaubild 14  
**Sozialhilfeausgaben in Baden-Württemberg  
 1995 und 2000 nach Hilfearten**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

576 01

im Laufe des Jahres nachgelassen, allerdings dürfte dann die ungünstige Konjunktorentwicklung die Zunahme der privaten Konsumausgaben beeinträchtigt haben.

### Beschäftigungsflaute belastet soziale Lage

Die nachlassende Dynamik des gesamtwirtschaftlichen Einkommens ging in erster Linie auf die ungünstige Beschäftigungsentwicklung zurück. Mit der Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus kam aber auch die Entspannung der sozialen Lage, die sich im Jahr 2000 in einem kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit gezeigt hatte, ins Stocken. So verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres nur noch um 17 500 Personen. Im Vorjahreszeitraum war dagegen noch eine kräftige Abnahme um 59 000 Personen zu verzeichnen.

Aber auch für viele Sozialhilfeempfänger wurde es erheblich schwieriger, Arbeit zu finden und sich so aus der Sozialhilfe zu lösen. Endgültige Zahlen zu den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt liegen für das vergangene Jahr zwar noch nicht vor, aber der Rückgang des Vorjahres, als die Zahl der Empfänger außerhalb von Einrichtungen um 18 000 auf 209 000 gesunken war, wurde voraussichtlich nicht mehr erreicht.

Mit dem schwächeren Rückgang der Sozialhilfeempfänger dürfte auch die Abnahme der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, die in den letzten Jahren zu beobachten war, ein Ende finden. Im Jahr 2000 waren diese Sozialhilfeausgaben noch um 4 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Allerdings war es schon damals aufgrund des starken Anstiegs der Eingliederungshilfe für Behinderte zu einer Zunahme der gesamten Sozialhilfeausgaben um 2 % auf 3,6 Mrd. DM gekommen.

## Preise

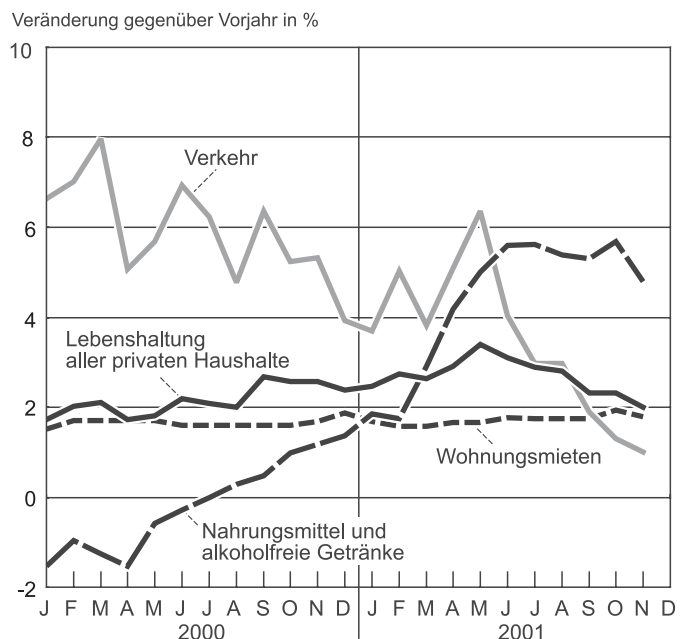
In Baden-Württemberg sind die Preise im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie seit 1994 nicht mehr. Der umfassende Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich im Durchschnitt der Monate Januar bis November 2001 um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr. Nach einem bis in den Sommer hinein anhaltenden, hohen Anstieg der Verbraucherpreise ließ der Druck im weiteren Jahresverlauf allerdings immer mehr nach.

### Energie- und Nahrungsmittelpreise bestimmen Gesamtentwicklung

Im September 2000 hatte die Inflationsrate in Baden-Württemberg die von der Europäischen Zentralbank als Grenzwert für Preisstabilität angegebene Marke von 2 % erstmals seit Jahren wieder deutlich überschritten. Anschließend beschleunigte sich der Preisauftrieb immer mehr und erreichte im Mai 2001 mit 3,4 % seinen Höchststand. In den folgenden Monaten entspannte sich das Preisgeschehen zusehends und die Teuerungsrate ging bis November kontinuierlich auf 2,0 % zurück.

Ausschlaggebend für diese „Berg- und Talfahrt“ waren in erster Linie die Preise für Energie und Nahrungsmittel. Im Frühjahr 1999 setzte auf dem Weltmarkt ein massiver Anstieg der Rohöl- und Erdgaspreise ein, der im Euro-Raum durch die kräftige Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar noch verstärkt wurde. Infolgedessen stiegen in Baden-Württemberg bis weit ins Jahr 2001 hinein die Preise für Gas, Heizöl und Kraftstoffe außerordentlich stark an. Ab März 2001 kletterten darüber hinaus infolge der Tierseuchen die Preise für Nahrungsmittel kräftig und erhöhten den Druck auf die Verbraucherpreise zusätzlich. Zu einer allmählichen Beruhigung an der Preisfront kam es erst, als sich die Rohölpreise ab Sommer 2001 wieder zurückbildeten. Die Abschwächung der Weltkonjunktur führte zu einem kräftigen Nachfragerückgang, der durch den Kapazitätsabbau im interna-

Schaubild 15  
**Preisentwicklung in Baden-Württemberg  
 seit Januar 2000**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

581 01

tionalen Luftverkehr nach den Terroranschlägen in den USA noch verstärkt wurde. Der Preis für ein Barrel Öl der Nordseesorte Brent fiel von 28 ½ US-Dollar im Mai auf unter 19 US-Dollar Mitte November. Rohöl war damit so billig wie zuletzt im Juli 1999. Entlastend wirkte dabei auch, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar zwischen Mai und November insgesamt annähernd stabil blieb. Infolgedessen fielen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe in Baden-Württemberg im November sogar wieder deutlich unter ihr Vorjahresniveau. Die Gaspreise, die mit zeitlicher Verzögerung den Ölpreisen folgen, lagen bei rückläufiger Tendenz allerdings immer noch 12 % über dem Vorjahr. Im Durchschnitt der Monate Januar bis November 2001 war Gas 21 % und Kraftstoffe 1,8 % teurer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Heizöl verbilligte sich dagegen um durchschnittlich 4,8 %.

Die unterschiedlichen Preiseinflüsse, denen Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ausgesetzt war, spiegeln sich auch in den einzelnen Teilkomponenten des Preisindex für die Lebenshaltung wider. Im Durchschnitt der Monate Januar bis November erhöhten sich die Preise im Teilbereich Verkehr nicht zuletzt wegen der Erhöhung der Kfz-Steuer zu Jahresbeginn um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich gar um 4,4 %, nachdem sie im Jahr 2000 noch leicht rückläufig waren. In fast allen anderen Teilkomponenten lag der Preisanstieg ebenfalls höher als im Jahr 2000. Da die Teuerungsrate aber jeweils unter der 2%-Marke blieb, fiel der von diesen Bereichen ausgehende Preisschub mäßig aus.

### In 2002 wird Preisstabilität wieder erreicht

Im kommenden Jahr wird sich die Inflation weiter beruhigen. Dafür sprechen zunächst die jüngsten Preisentwicklungen auf den Vorstufen, die sich mit zeitlicher Verzögerung auf die Verbraucherpreisebene übertragen werden. In Deutschland – Zahlen für Baden-Württemberg liegen nicht vor – entwickeln sich die Einfuhrpreise und die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte seit Frühjahr 2001 kontinuierlich zurück. Im Oktober 2001 lagen die Importpreise um 5,6 % unter dem Stand des Vorjahres, die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nur leicht darüber. Sollte es im kommenden Jahr nicht zu einem erneuten drastischen Ölpreisanstieg kommen, dürfte von den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte in 2002 kein nennenswerter Preisdruck ausgehen. Schließlich wird auch die schwache Konjunktur den Produzenten kaum Preiserhöhungen erlauben. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Schwäche den Druck auf den Arbeitsmarkt erhöhen, sodass von der Lohnentwicklung ebenfalls kaum preistreibende Impulse zu erwarten sein dürften. Alles in allem ist für den Jahresdurchschnitt 2002 wieder eine Teuerungsrate unter der 2%-Marke zu erwarten.

## Umwelt

### Globale und regionale Umweltschutzziele verlangen verstärkt integrierte Maßnahmen

Die umweltpolitische Diskussion im Land war auch im zurückliegenden Jahr stark geprägt von internationalen vertraglichen Vereinbarungen und nationalen gesetzlichen Vorgaben. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die globalen Umweltschutzziele zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Aber auch beim eher regional oder sogar lokal orientierten Gewässerschutz oder Naturschutz gehen neue grundlegende Vorgaben von europäi-

Tabelle 7

### Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung (WVU) in Baden-Württemberg 2001 nach Art des Unternehmens

Art des Unternehmens	WVU insgesamt	Davon Wasserversorgungsunternehmen, die ...		
		ausschließlich Wasser an Letztverbraucher abgeben <sup>1)</sup>	Wasser gewinnen und an Letztverbraucher abgeben	Wasser gewinnen, aber nicht an Letztverbraucher abgeben
	Anzahl			
Regiebetriebe der Gemeinden .....	489	211	278	–
Eigenbetriebe der Gemeinden .....	431	135	296	–
Zweckverbände .....	182	24	39	119
AG, GmbH etc. ....	154	24	128	2
Anderer WVU (Wassergemeinschaften etc.) .....	121	8	111	2
WVU in anderen Bundesländern bzw. im Ausland .....	10	–	1	9
<b>Zusammen .....</b>	<b>1 387</b>	<b>402</b>	<b>853</b>	<b>132</b>

1) Bezug von anderen WVU. Enthalten sind auch WVU, die das bezogene Wasser an andere WVU zur Weiterverteilung abgeben.

scher Ebene aus. Beispielhaft seien genannt die Verhandlungen zur Umsetzung der Kyoto-Beschlüsse zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie oder die Novellierung des Naturschutzgesetzes auf Bundesebene. Nicht zuletzt wegen der vielfachen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Umweltschutzbelangen sind Fortschritte sowohl auf globaler wie auch regionaler oder lokaler Ebene jedoch nur durch die konsequente Einbeziehung des Umweltschutzes in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln vor Ort bei den Betrieben, Gemeinden und Haushalten, letztlich durch jeden Einzelnen, erreichbar. Mit der Umsetzung dieses Gedankens, der zwar unter starken Hemmnissen, aber dennoch zunehmend Platz greift im täglichen Handeln, wurden im Land auf einigen Feldern des Umweltschutzes spürbare Fortschritte erzielt. Dies gilt in erster Linie für die Verringerung von Luftschadstoffen sowie den schonenderen Umgang mit den Wasserressourcen im Land. Generell ist aber nach wie vor festzustellen, dass die größten Fortschritte in erster Linie dort erzielt wurden, wo durch nachgeschaltete, möglichst zentrale und dadurch relativ effektiv kontrollierbare Maßnahmen auch große Fortschritte erreichbar sind.

### Teilerfolge bei der Luftreinhaltung ...

Die zentralen Maßnahmen zur Verringerung der SO<sub>2</sub>-Emissionen in Form der Entschwefelung von Kraftwerksabgasen sowie der Brenn- und Kraftstoffe haben zu durchgreifenden Erfolgen geführt, die sich auch in den gemessenen SO<sub>2</sub>-Konzentrationen ablesen lassen. Dagegen ist es offenbar erheblich schwieriger, vergleichbare Fortschritte bei der Stickstoffdioxidbelastung der Luft zu erzielen. Die Hauptursache dafür liegt bei den nach wie vor vergleichsweise hohen Verkehrsemissionen. Trotz der spürbaren Minderung der spezifischen Emissionen durch Einführung und Verbesserung der Abgaskatalysatoren sind die gemessenen Immissionskonzentrationen bezogen auf Stickoxide vor al-

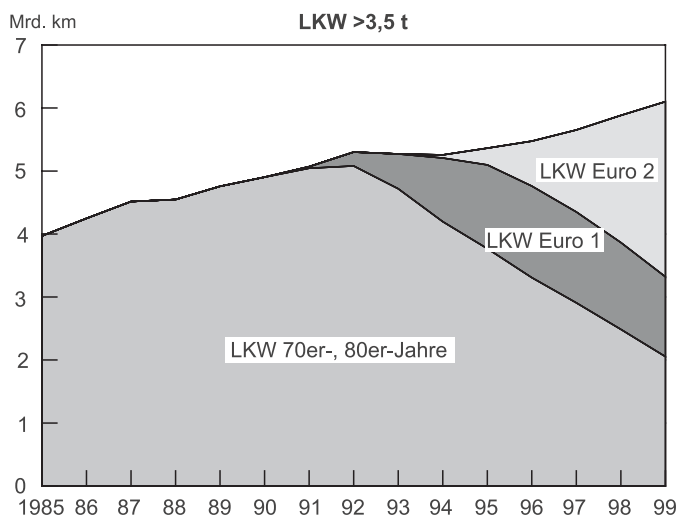
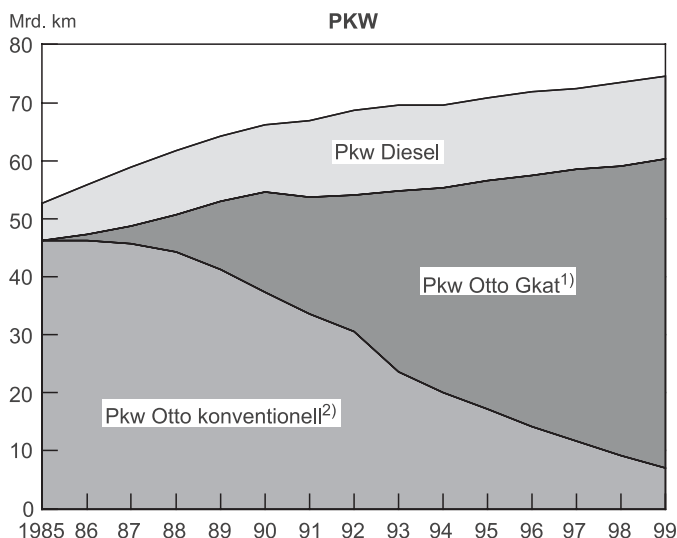


lem in Verdichtungsgebieten nach wie vor zu hoch. Es zeigt sich ganz allgemein, dass die Minderung der  $\text{NO}_2$ -Konzentrationen in der Luft nur deutlich abgeschwächt dem Rückgang der modellhaft ermittelten  $\text{NO}_x$ -Emissionen folgt.

### ... und in der Abfallwirtschaft

Das abfallwirtschaftliche Geschehen im Land wird geprägt vom Ringen um eine für alle Beteiligten akzeptable Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes mit den nachgeordneten Verordnungen, insbesondere der TA-Siedlungsabfall, die eine grundlegende Veränderung der Abfallentsorgung mit sich bringt. Die Veränderung der Entsorgungsstruktur hin zur verstärkten stofflichen und thermischen Verwertung und weg von der Ablagerung in Deponien ist weiter vorangekommen. Insbesondere die Ablagerung von allgemeinen Siedlungsabfällen ohne vorherige Behandlung, die spätestens ab Juni 2005 gemäß TA-

Schaubild 16  
**Jahresfahrleistung\*) in Baden-Württemberg 1985 bis 1999 nach Schadstoffgruppen**

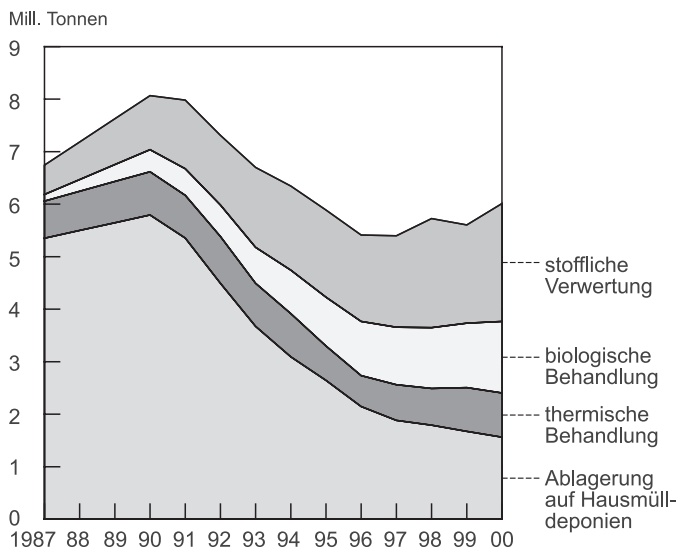


\*) Auf Außerorts- und Innerortsstraßen. – 1) Schadstoffarm nach US-Norm, nach EU-Richtlinie (Euro1, Euro 2, Euro 3, Euro 4). – 2) PKW ohne Schadstoffminimierung, bedingt schadstoffarm und Europa-Norm (XXV).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

584 01

Schaubild 17  
**Aufkommen an Siedlungsabfällen\*) in Baden-Württemberg 1987 bis 2000 nach Art der Entsorgung**



\*) Ohne Baurestmassen, ohne Problemstoffe, ohne sonstige Verwertung/Behandlung, ohne Mengen, die dem Verband Region Stuttgart überlassen wurden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

582 01

Siedlungsabfall eingestellt sein soll, wurde weiter verringert. Die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen hat im Land mittlerweile die Marke von 1 Mill. Tonnen fast erreicht. Die fortschreitende Verringerung der Ablagerungsmenge auf den bestehenden Hausmülldeponien stellt auch eine wirtschaftliche Herausforderung in den nächsten Jahren dar, der die Landesregierung mit einem Deponieprogramm gemeinsam mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern begegnen will. Andererseits reichen aus jetziger Sicht die bestehenden und konkret geplanten bzw. durch Vertragsabschlüsse außerhalb des Landes gesicherten Behandlungskapazitäten noch nicht aus, um 2005 eine hundertprozentige Einhaltung der TA-Siedlungsabfall zu gewährleisten. Die Landesregierung sieht darin auch Chancen für die Einführung neuer Behandlungsmethoden für Siedlungsabfälle.

Unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung ist festzustellen, dass das jährliche Aufkommen häuslicher Abfälle nach wie vor ansteigt und aktuell auch die zu beseitigenden Restmüllmengen aus Haushalten nicht weiter zurückgegangen, sondern sogar leicht angestiegen sind.

### Klimaschutz erfordert weitere und neue Anstrengungen

Eine herausragende Rolle in der öffentlichen Diskussion nahm auch im zurückliegenden Jahr der Klimaschutz ein. Auf internationaler Ebene zeichnet sich auch ohne US-amerikanische Beteiligung eine Umsetzung der Kyoto-Beschlüsse ab. Die Bundesregierung hält am  $\text{CO}_2$ -Minderungsziel fest, gemäß dem bis 2005 die  $\text{CO}_2$ -Emissionen in Deutschland um 25 % unter dem Niveau von 1990 liegen sollen, und auch die Landesregierung strebt an, die energieverbrauchsbedingten  $\text{CO}_2$ -Emissionen im Land auf weniger als 70 Mill. Tonnen im Jahr 2005 zu verringern. Derzeit liegen die  $\text{CO}_2$ -Emissionen in Baden-Württemberg noch bei 76 bis 77 Mill. Tonnen, wobei eine überdurchschnittlich warme Witterung und ein hoher Kernkraftanteil – über 60 % – bei

der Stromerzeugung im Land den CO<sub>2</sub>-relevanten Energieverbrauch zuletzt stark gesenkt haben. Die nach wie vor stark expandierende Verkehrsentwicklung und die abzusehende Veränderung in der Kraftwerkstruktur mit der beabsichtigten Stilllegung von Kernkraftwerken begünstigen die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission im Land nicht. Deshalb sind Energiesparmaßnahmen sowie die Verringerung der Brennstoff- bzw. Kraftstoffverbräuche einerseits sowie des Stromverbrauchs andererseits unabdingbare Voraussetzung für das Erreichen der anspruchsvollen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele.

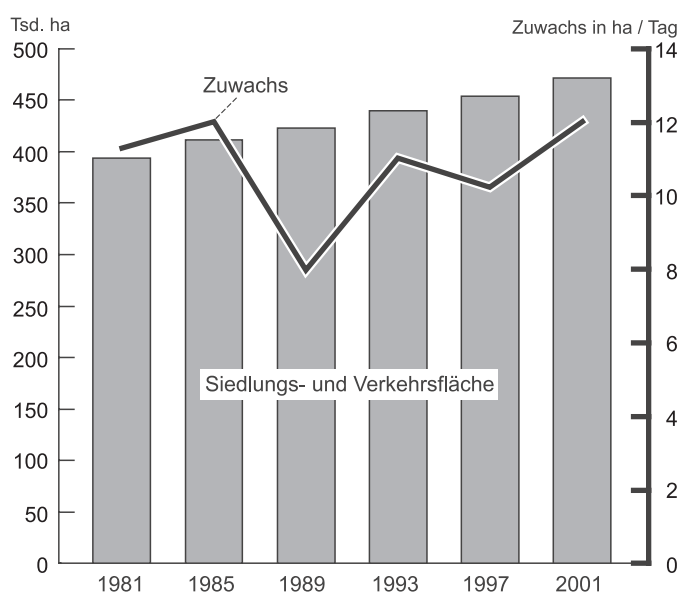
Sowohl bei der Entwicklung des Abfallaufkommens als auch beim Klimaschutz zeigt sich, dass nachhaltige Erfolge nur durch einschneidende Maßnahmen an der Quelle, in zahlreichen Einzelfällen, letztlich durch Veränderungen im individuellen Handeln, herbeizuführen sind. International und auch in der Diskussion hier zu Lande soll dabei auch auf den Handel mit Emissionsrechten gesetzt werden. Dadurch sollen Unternehmen, die ihre Emissionen über das geforderte Maß hinaus gemindert haben, nicht selbst genutzte Emissionsrechte an weniger umweltfreundliche Unternehmen verkaufen können.

### Ungebremster Flächenverbrauch

Neue und verstärkte Anstrengungen sind auch zur Verringerung des Flächenverbrauchs erforderlich, der unter Natur- und Umweltschutzgesichtspunkten weiter bedenkliche Ausmaße hat. Die Flächeneffizienz als Quotient aus Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie Bruttoinlandsprodukt konnte in den zurückliegenden Jahren nicht gesteigert werden. Mit durchschnittlich 12 ha pro Tag lag der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren deutlich höher als Mitte der 90er-Jahre. Die Schere zwischen Einwohnerzahl und Siedlungs- und Verkehrsfläche hat sich dadurch wieder weiter geöffnet.

Der darin erkennbare Widerstreit von ökonomischen Interessen und Umweltschutzanliegen wird auch sichtbar an den aktuellen

Schaubild 18  
**Siedlungs- und Verkehrsfläche  
in Baden-Württemberg seit 1981**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

583 01

Forderungen nach der Liberalisierung der Versorgungs- und auch Entsorgungsmärkte, insbesondere der Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung. Die Landesregierung geht von einem langwierigen Ringen um die richtige Entscheidung zwischen kommunaler Daseinsvorsorge und Liberalisierung in der Abfallwirtschaft aus, vor allem auch, um unabhängig von der konkreten Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und privater Entsorgungswirtschaft in der Zukunft hohe Umweltstandards in der Entsorgungswirtschaft sicherzustellen. Auch bezogen auf die Trinkwasserversorgung gibt es auf Europa- und Bundesebene Bestrebungen, die bislang überwiegend öffentlich-rechtliche Aufgabe nach dem Vorbild der Strom- und Gasversorgung zu liberalisieren und damit einem Markt mit verstärktem Wettbewerb zu öffnen. Derzeit wird die öffentliche Wasserversorgung in Baden-Württemberg von knapp 1 400 Unternehmen sichergestellt, die – gemessen an der Zahl der jeweils mit Trinkwasser versorgten Einwohner bzw. der vom jeweiligen Unternehmen in Gewinnungsanlagen geförderten Wassermenge – von sehr unterschiedlicher Größe sind. Die Wasserverteilung an Letztverbraucher wird fast flächendeckend von Regie- bzw. Eigenbetrieben der Gemeinden bzw. von Stadtwerken in der Rechtsform der AG bzw. GmbH wahrgenommen. Diese sind zu erheblichen Teilen auch selbst in der Wassergewinnung tätig; aber es ist die Tendenz unverkennbar, dass sie die eigene Gewinnung einstellen und ausschließlich in der Wasserverteilung tätig bleiben. Immerhin 182 Zweckverbände im Land haben wesentlichen Anteil an Gewinnung von Trinkwasser, sind aber eher zu einem geringen Teil auch in der Wasserverteilung an Letztverbraucher tätig.

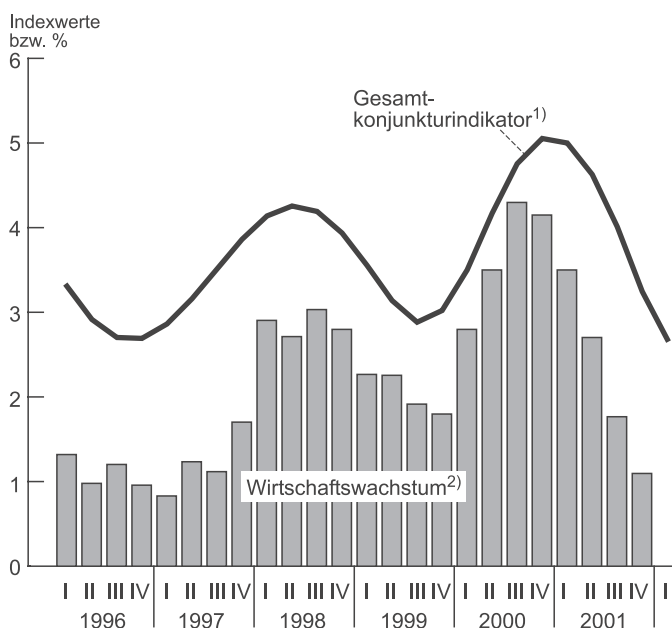
### Wirtschaftliche Perspektiven 2002

In Baden-Württemberg haben sich nach einem starken Wachstum im Jahr 2000 die Auftriebskräfte im abgelaufenen Jahr merklich abgeschwächt. Insgesamt wird Baden-Württemberg im Jahr 2001 mit gut 1 % aber noch deutlich stärker wachsen als das Bundesgebiet, das lediglich ein Wachstum von gut ½ % vorweisen wird. Der Wachstumsvorsprung des Landes stützt sich dabei im Wesentlichen auf die günstigere Entwicklung im ersten Halbjahr: In den ersten Monaten des Jahres profitierte die im Südwesten stark vertretene Industrie von den im Boomjahr 2000 aufgelaufenen Auftragsbeständen, die zunächst stabilisierend wirkten. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Auftrags- und Umsatzlage verschlechtert und zu einem deutlichen Stimmungsumschwung im Land geführt. Ursächlich dafür waren der Kaufkraftentzug infolge kräftig gestiegener Rohölpreise und der von den USA ausgehende Abschwung der Weltkonjunktur. Durch die Terroranschläge vom 11. September in den USA wurde die ohnehin labile Konjunktur im Land zusätzlich geschwächt.

#### Auch in 2002 nur moderates Wachstum

Die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr hängt entscheidend davon ab, wie schnell sich die Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern nach den Terroranschlägen wieder normalisiert. Viele Augen werden dabei auf die Vereinigten Staaten gerichtet sein. Auch aus fundamentaler Sicht wird viel von den USA abhängen. Mit einem Anteil von 14 % am Gesamtexport sind die USA nicht nur der wichtigste ausländische Absatzmarkt des Landes, die Vereinigten Staaten beeinflussen die globale Konjunktur allein schon aufgrund ihrer Größe maßgeblich und haben damit auch mittelbar Einfluss auf das Absatzpotenzial der exportintensiven Wirtschaft des Landes.

Schaubild 19  
**Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg  
 seit 1996**



1) Quartalswerte, um zwei Quartale nach vorne versetzt. – 2) Gleitende Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

587 01

Wie schnell die Wirtschaft im Land wieder Tritt fasst, ist in dem aktuell sehr unsicheren Umfeld nur schwer zu sagen. Nach dem vom Statistischen Landesamt geführten Konjunkturindikator dürfte sich der konjunkturelle Abschwung in Baden-Württemberg jedoch bis weit ins erste Halbjahr 2002 hinein fortsetzen. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollten zur Jahresmitte die Auftriebskräfte aber wieder an Kraft gewinnen und zu einer Belebung der Wirtschaft führen. Alles in allem ist für das Jahr 2002 in Baden-Württemberg mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 1 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Damit wird die Wirtschaft des Landes im Jahr 2002 nur unwesentlich von dem Kurs abweichen, den der Sachverständigenrat für das gesamte Bundesgebiet prognostiziert hat. In seinem Mitte November 2001 veröffentlichten Jahresgutachten geht der Sachverständigenrat für Deutschland von einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in 2002 von 0,7 % aus. Grundlage für diese Einschätzung ist eine weit gehende Stabilität des Euro-Wechselkurses und des Ölpreises sowie die Erwartung, dass die in den USA ergriffenen expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen ab Jahresbeginn 2002 allmählich stimulierende Wirkungen entfalten.

Vor allem in der Industrie müssen die Wachstumserwartungen für 2002 nach unten geschraubt werden. Anders als in den Vorjahren wird der Industriesektor in Baden-Württemberg nur noch einen geringen Wachstumsbeitrag liefern. Ausschlaggebend dafür ist, dass mit dem Export der zugkräftigste Motor der Südwestindustrie im kommenden Jahr nur mit geringer Drehzahl laufen wird. Insbesondere die für Baden-Württemberg so wichtige Nachfrage nach Investitionsgütern dürfte infolge der stark eingetrübten Absatz- und Ertragserwartungen in den Hauptpartnerländern des Landes insgesamt recht schwach bleiben. Erst mit der Erholung der Weltkonjunktur dürfte sich die Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte im In- und Ausland beleben. In den Auftragsbüchern der Investitionsgüterbranchen

Maschinenbau und „Büro-, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik“ macht sich das eingetrübte Investitionsklima im In- wie im Auslandsgeschäft bereits seit geraumer Zeit bemerkbar. Auf diese Branchen entfallen in Baden-Württemberg immerhin über ein Drittel der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes. Die Erwartung, dass die Industrie am Jahresende 2002 dennoch ein leichtes Produktionsplus verzeichnen wird, stützt sich auf die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Vorleistungsgüterproduzenten, die im Herbst 2001 deutliche Stabilisierungstendenzen aufweisen. Hinzu kommt, dass die konsumnahen Branchen und der Fahrzeugbau in 2002 von den privaten Konsumausgaben profitieren sollten, die leicht zulegen dürften. Der Erhöhung des Kindergeldes stehen zwar höhere Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und die leichte Anhebung einiger indirekter Steuern gegenüber, der im Vergleich zum Vorjahr wesentlich moderatere Preisanstieg wird jedoch dafür sorgen, dass der reale Einkommensanstieg ähnlich hoch ausfallen wird wie im Vorjahr. Die im Südwesten insgesamt bessere Arbeitsmarktlage, höhere Einkommen und günstigere Beschäftigungsperspektiven sollten dafür sorgen, dass sich der private Verbrauch in 2002 sogar etwas besser entwickelt als im Bundesdurchschnitt. Dies wird im kommenden Jahr auch anderen Wirtschaftsbereichen im Land, wie dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe sowie den konsumnahen Sparten des Großhandels und der Unternehmensdienstleister, zum Vorteil gereichen.

Wegen der bekannten Abhängigkeiten wird die Abschwächung der Industriekonjunktur am Wirtschaftsbereich Verkehr sowie an den industrienahen Sparten des Großhandels und der Unternehmensdienstleister nicht spurlos vorübergehen und deren Wachstumspotenzial begrenzen. Demgegenüber sollten EDV-bezogene Dienstleistungen von der Ausweitung der Anwendungsmöglichkeiten moderner Medien zunehmend profitieren und daher weiter recht kräftig expandieren. Im Baugewerbe dürfte sich nach der erneuten Talfahrt in 2001 die Lage im kommenden Jahr stabilisieren. Damit werden die von diesem Wirtschaftsbereich ausgehenden Bremseffekte weit gehend entfallen.

### Beschäftigung bleibt weit gehend stabil

Infolge der konjunkturellen Abschwächung wird sich die Beschäftigung in 2002 im Südwesten merklich anders entwickeln als in den letzten Jahren. Nachdem Anfang der 90er-Jahre zahlreiche

Tabelle 8  
**Reales Wirtschaftswachstum für Baden-Württemberg  
 und wichtige Handelspartner 1999 bis 2002**

Merkmal	1999	2000	2001 <sup>1)</sup>	2002 <sup>1)</sup>
	%			
USA .....	4,1	4,1	1,1	1,3
Frankreich .....	3,0	3,4	1,9	1,7
Großbritannien .....	2,1	2,9	2,1	1,9
Italien .....	1,6	2,9	1,8	1,4
Schweiz .....	1,6	3,0	2,1	1,7
Österreich .....	2,8	3,0	1,2	1,4
Deutschland .....	1,6	3,0	0,6	0,7
<b>Baden-Württemberg .....</b>	<b>1,8</b>	<b>4,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1</b>

1) Schätzung des Sachverständigenrats, Baden-Württemberg: eigene Schätzung.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2001/02, November 2001; eigene Berechnung.

Stellen der Rezession zum Opfer fielen, kam es ab 1995 wieder zu einem kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau. Im Jahr 2001 lag der Erwerbstätigenzuwachs mit voraussichtlich etwa 40 000 Personen im Durchschnitt der letzten sieben Jahre.<sup>7</sup> In 2002 dürfte sich dagegen die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt nicht wesentlich vom Vorjahresstand abheben. Vor dem Hintergrund der nur mäßigen Konjunkturaussichten dürfte der Beschäftigungsstand zunehmend auf den Prüfstand gestellt werden. Vor allem befristet eingestelltes Personal wird wohl vielfach nicht weiterbeschäftigt werden. Gleichzeitig dürften die jüngsten gesetzlichen Regulierungen am Arbeitsmarkt die Neigung zu Neueinstellungen in einer ohnehin von Unsicherheit geprägten Phase zusätzlich hemmen. Trotz alledem wird sich das Ausmaß der Stellenstreichungen in der Industrie in Grenzen halten. Neben der Inanspruchnahme von Kurzarbeit geben auch die in den letzten Jahren auf Bundesebene erzielten Fortschritte bei der Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen den Unternehmen Möglichkeiten an die Hand, temporäre Nachfrageschwankungen über eine Anpassung der Arbeitszeit abzufedern. Außerdem hat das Verarbeitende Gewerbe nach den massiven Stellenstreichungen während und nach der Rezession 1992/93 erst wieder 1998 mit einem Personalaufbau begonnen, der ange-

sichts teilweise beachtlicher Wertschöpfungszuwächse nur relativ gering ausfiel. Die Notwendigkeit, auf die gegenwärtige Schwächephase mit einem größeren Personalabbau zu reagieren, dürfte daher nicht allzu hoch sein, zumal etliche Betriebe ohnehin einen Mangel an qualifizierten Fachkräften beklagen. Für das Baugewerbe sind die Beschäftigungsperspektiven weiterhin negativ. Zwar wird die Talfahrt des Jahres 2001 im Laufe des kommenden Jahres allmählich ihr Ende finden, der Druck auf die Renditen wird aber hoch bleiben und zu weiteren Personaleinsparungen führen. Mit größeren Einschnitten ist jedoch nicht zu rechnen, da bereits in den vergangenen Jahren die Personaldecke stark ausgedünnt wurde. Etwas besser sind die Aussichten für den Einzelhandel. Dort ist mit einem Beschäftigungsaufbau insbesondere von Teilzeitkräften zu rechnen, der allerdings vor dem Hintergrund des anhaltend hohen Preiswettbewerbs nur gering ausfallen wird. Nennenswerte Beschäftigungszuwächse sind dagegen in 2002 allein von den Dienstleistungsunternehmen zu erwarten. Diese dürften aber geringer ausfallen als in den zurückliegenden Jahren und den Personalabbau in den anderen Wirtschaftsbereichen lediglich kompensieren. Mit einer positiven Entwicklung ist vor allem bei den zahlenmäßig bedeutenden Human- und Unternehmensdienstleistern zu rechnen, während die Zeichen im Kreditgewerbe aufgrund der angestrebten Ausdünnung der Filialnetze eher auf Personalabbau stehen.

Der in den letzten Jahren erreichte Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich im kommenden Jahr nicht fortsetzen. Bei etwa gleich bleibender Beschäftigung ist auch von der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl keine Entlastung zu erwarten: Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dürfte durch den Anstieg der Erwerbsneigung nahezu vollständig kompensiert werden.

<sup>7</sup> Diese Angabe ist ein Richtwert zur Orientierung und bedarf einer fundierten Rechnung, sobald alle benötigten Daten vorliegen.

Thomas Weinmann, Reinhard Knödler, Dr. Frank Thalheimer  
unter Mitarbeit von Dr. Helmut Bühring



STATISTISCHES LANDESAMT  
BADEN-WÜRTTEMBERG

## Die landwirtschaftliche Produktions- und Marktstruktur mit Kreisergebnissen



124 Seiten, kaschiert,  
**9,00 Euro**  
(zuzüglich Versandkosten)  
Artikel-Nr. 2214 00001

- *Ergebnisse der Flächenerhebung 2001*
- *Pflanzliche Produktion*
- *Weinwirtschaft*
- *Viehhaltung und tierische Produktion*
- *Betriebs- und Produktionsstruktur*
- *Betriebswirtschaft und Markt*
- *Forst- und Forstwirtschaft, Binnenfischerei*
- *Ausgewählte Agrardaten für das Bundesgebiet und EU-Mitgliedsstaaten*



**Diskettenversion:**

**21,47 Euro** (zuzüglich Versandkosten)  
Telefon (0711) 6 41-2121, Telefax (0711) 641-2444

**Ihre Bestellung richten Sie bitte an:**

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart Telefon (0711) 641- 2866,  
Telefax (0711) 60 18 74 51, E-Mail: [vertrieb@stala.bwl.de](mailto:vertrieb@stala.bwl.de); Internet: [www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de)